Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der hohen

philosophischen Fakultät an der Albert-Ludwigs-Universität

zu

Freiburg im Breisgau

vorgelegt von

Wilhelm Schüßler

aus Bremen.

Berlin und Leipzig
Dr. Walther Rothschild
1913.

Dekan: Professor Reitzenstein.
Referent: Professor Meinecke.
Tag der mündlichen Prüfung: 31. Januar 1913.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort . . . . . VII—VIII

Kap. I. Deutsch-Österreich und Deutschland . . . . . 1—7

Frühe Selbständigkeit der Ostmark. — Gründung der österreichischen Monarchie. — Kulturelle Entfremdung vom Reich. — Absperrungssystem unter Metternich. — Herrenstellung der Deutschen. — Interesse am zentralistischen Gesamtstaat. — Politischer Charakter der Oppositionsbewegungen in der Restaurationszeit. — Einwirkung liberaler Ideen. — Entstehung einer nationalen Bewegung. — Die slawische Gefahr. — Wirkung der deutschen Einheitsbewegung auf Österreichs innere Verhältnisse. — Tendenzen des Vorparlaments in Frankfurt. — Palacky an den Fünfzigerausschuß. — Slawische Opposition gegen Großdeutschland. — Wirkung der preußischen Agitation auf die deutsche Bewegung in Österreich. — Erwachen des österreichischen Bewußtseins. — Vorbehalte gegenüber Deutschland. — Grenzen des deutschnationalen Gedankens in Österreich.

Kap. II. Die Stellung der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt . . . . . 8—18

Stimmung in Deutschland nach Metternichs Sturz. — Empfang der Österreicher in Frankfurt. — Parteibildungen. — Die Sokratesloge. — Die Führer: Bruck, Mühlfeld, Schmerling, Andrian, Graf Deym, Sommaruga, Würth, v. Mayern, Beda Weber, Giskra, Arneth, Wagner, Berger, Hartmann, Wiesner. — Die Parteilosen: Möring, Beidtel, Perthaler, Unterrichter, Schuselka. — Anzahl der österreichischen Abgeordneten.

Kap. III. Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten . . . . . 19—74

Aufgabe der deutschen Revolution 1848. — Gegensatz von Machtstaat und Parlament. — Wirkung auf die Österreicher. — Ihre Doppelstellung. — Ihre nationalen Aufgaben.

Seite

§ 1. Allgemeines über Nation und Nationalität . . . . 20—23

Stellung der Parteien zum nationalen Problem. — Kultur- und Staatsnation. — Ethnographische und politische Auffassung. — Deyms Programm. — Mörings und Giskras Definition der Nationalität. — Personale Auffassung des Problems. — Markowiczka. — Weltbürgerliche Ideen. — Hartmann und Berger.

§ 2. Die Nationalitätenfrage . . . . . 23—32

Nationale Verhältnisse in den österreichischen Bundesländern. — Stellung der Slawen zu Deutschland und zur Gesamtmonarchie. — Autonomiebestrebungen. — Die Deutschen am Scheideweg: defensive und offensive Taktik. — Verfassungsgarantien. Antrag Marek und seine Geschichte. — Die österreichischen Patrioten über eine Föderativverfassung für die Monarchie. Mühlfeld und Sommaruga. — Inkonsequenzen. — Autonomie der Länder. — Offensive Taktik. — Jeitteles, Riehl, Achleitner, Giskra. — Beidtels Programm. — Perthaler, Schuler, Beda Weber. — Die Demokraten gegen die Slawen. Berger, Reitter. — Oktober-Debatten. — Gemeinsames Ziel aller Parteien.

§ 3. Die Deutsche Reichsverfassung . . . . . 32—58

Niedergang des Parlaments während des Sommers. — Erstarkung der deutschen Großmächte. — Die Wiener Regierung gegen Ungarn. — Oktober-Revolution. — Wirkung auf die österreichischen Abgeordneten. — Erste Lesung der Reichsverfassung. — Enge Verbindung der deutschen und österreichischen Verfassungsfrage. — Die Föderalisierung Österreichs. — Stellung der Österreicher zum Verfassungsentwurf. — Notwendigkeit von Modifikationen. — Wirkung des Kremsierer Programms. — Würth und Arneth für direkte Verhandlungen. — Anträge in den Parteiklubs. — Ansichten Schmerlings. — Die Kleindeutschen gegen Verhandlungen über die Verfassung. — Schmerlings Sturz. — Seine deutsche Politik. — Reise nach Wien. — Schwarzenberg und das Parlament. — Gagerns Programm. — Neue Parteibildungen. — Die Österreicher und der neue Bund. — Die Großdeutschen. — Die Österreicher über das Ausscheiden aus Deutschland. Giskra. — Anfeindungen. — Würth gegen das preußische Kaisertum. — Verfassungspläne. Giskras Rede vom 13. Januar 1849. — Antrag Schreiners und Sommarugas auf ein Direktorium. — Antrag des Pariser Hofes. — Würths Denkschrift vom 22. Januar. — Würth und Arneth für den Austritt der

Seite

Österreicher. — Versammlung im Hotel Schröder. — Die revidierte Reichsverfassung. — Sendung der großdeutschen Parteikommission nach Olmütz. — Wirkung der oktroyierten Verfassung vom 4. März. — Austritt der Österreicher aus dem Parlament. — Haltung Schmerlings, Giskras usw. — Rede Bergers. — Andere Möglichkeiten zur Lösung der Schwierigkeiten.

§ 4. Die Schwarzgelben . . . . . 58—74

Egger über die Aufgabe der Österreicher in Frankfurt. — Mühlfelds Programm. — Sein Antrag vom 20. Oktober 1848 auf ein völkerrechtliches Bündnis. — Kleindeutsche und Großösterreicher. — Stellung Deyms. — Andrian an seine Wähler. — Österreichischer Patriotismus unter den übrigen Abgeordneten. — Schmerling über die Staatsnation. — Beda Weber, Fritsch und Beidtel für den einheitlichen Gesamtstaat. — Ansprache österreichischer Abgeordneter an ihre Wähler. — Österreichisches Bewußtsein bei Demokraten. Rede Mareks vom 27. Oktober 1848. — Giskra für den Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund. — Wiesner über Neuösterreich. — Berger über die preußischen Herausforderungen. — Die Österreicher gegen die Erhöhung Preußens. — Rechtfertigung Österreichs durch Mayern, Deym, Würth, Möring, Schuselka, Fritsch und Arneth. — Mühlfeld über Großdeutschland und die Aufgabe Großösterreichs. — Fortwirken der großdeutschen Ideen. — Not der Deutschen in Österreich. — Revision des nationalen Programmes. — Verdienste des großösterreichischen Gedankens.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545322_0103

Vorwort.

Die vorliegenden Untersuchungen, die Meineckes Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaats ihre Anregung verdanken, sollen nicht nur zur Geschichte des Jahres 1848, sondern vor allem zur Erkenntnis der nationalen Politik in Österreich überhaupt ein kleiner Beitrag sein. Denn vielleicht ist es nicht ohne Wert, die Ansichten der österreichischen Abgeordneten im ersten deutschen Parlament kennen zu lernen, von denen sie sich bei der Beratung über die Neugestaltung Deutschlands und Österreichs leiten ließen. Schon bei diesen Erörterungen zeigen sich alle Tendenzen, die später Österreichs innere Politik maßgebend beeinflußten: weitgehende Unterdrückungsgelüste der Deutschen gegenüber den fremden Volksstämmen, Forderung der Föderalisierung Österreichs nach Provinzen und anderseits nach Nationen, und hinsichtlich der deutschen Frage trotz aller Einigungswünsche mit Deutschland doch ein überall erkennbares Festhalten an dem Gedanken des österreichischen Gesamtstaates, der bei einigen Abgeordneten sogar zur Ablehnung einer staatsrechtlichen Verbindung der Monarchie mit dem deutschen Bundesstaate führte.

Bei einer Arbeit, die sich vor allem auf Reden und Flugschriften, die mit bestimmten Absichten verfaßt sind, aufbaut, ist es nicht leicht, den wirklichen Kern der verschiedenen Meinungen aufzudecken, zumal dieselben Personen, je nach dem Gebot der Stunde, sich selbst nicht selten widersprechen. Da muß denn der Betrachter, ohne den Tatbestand zu verschleiern, die mittlere Linie in den gegeneinanderstehenden Äußerungen zu finden suchen.

Man ist heute nur zu geneigt, die Bedeutung des Frankfurter Parlaments zu unterschätzen, weil es keine weithin sichtbaren Resultate erzielte. Aber man sollte die Bedeutung der Tatsache nicht zu gering anschlagen, daß es für die gesamte Nation, ohne Rücksicht auf die vielen „Vaterländer", der stolze Ausdruck war für ihr Wiedererwachen aus vielhundertjährigem Schlummer. Die Tage, da Deutschland und Österreich noch einmal in einem politischen Gedanken erglühten, die Ideale jener Männer der Paulskirche, sind uns doch allen eine heilige Erinnerung und ein kostbares Vermächtnis.

Kapitel I.

Deutschösterreich und Deutschland.

Von allen deutschen Stämmen haben die Österreicher am frühesten eigene Wege eingeschlagen. In dem berühmten Privileg Friedrichs Barbarossa von 1156 für das neubegründete Herzogtum Österreich wurde der Grund gelegt für die politische Entfremdung vom Reich und für seine große Aufgabe im Osten.

Die Verbindung der deutschen Ostmark mit Böhmen und Ungarn, die geographisch eine Einheit bilden, gelang für die Dauer erst den Habsburgern zu behaupten. Als im Jahre 1526 Ferdinand I., der Herr der deutschen Erblande, König von Ungarn und Böhmen wurde, sah er seine Aufgabe darin, den Komplex dieser Länder zu einem lebendigen Staatsganzen zu machen, indem er zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen oberste Zentralbehörden einsetzte.

Die österreichische Monarchie aber war in ihrem Bestande erst gesichert, als Ferdinand II. 1621 am weißen Berge die rebellischen Böhmen niedergeworfen und Kaiser Leopold in den blutigen Türkenkriegen am Ende des 17. Jahrhunderts Ungarn den Osmanen abgewonnen hatte. Mit dem Augenblick, wo der Kaiser die waffenfrohen Völker Ungarns zu seiner Verfügung hatte und, nicht mehr auf die Hilfe des deutschen Reiches angewiesen, sich aus eigenen Kräften als unabhängige Macht in Europa behaupten konnte, war die politische Trennung der österreichischen Monarchie vom Reiche besiegelt.

Die äußeren Kennzeichen dieser Entwicklung bilden die pragmatische Sanktion, die den Zusammenhalt aller unter habsburgischem Szepter vereinigten Länder gesetzlich festlegte, und die Proklamierung eines österreichischen Kaisertums im Jahre 1804.

Gleichzeitig mit dieser politischen Entfremdung Österreichs von dem Reich erfolgte die kulturelle. Der Sieg der Gegenreformation in den Erblanden entschied zugleich über den Anspruch Österreichs auf die Herrschaft in Deutschland. Wohl erlebte der deutsch-österreichische Stamm im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert eine hohe Blüte in der Musik und kündete ein Dichter wie Grillparzer von den geistigen Kräften seines Volkes.

Doch in den Jahren 1815—1848, wo sich die entscheidenden Geschicke Deutschlands und seine künftige Einheit vorbereiteten, stand die österreichische Regierung unter Metternich allen Bewegungen freiheitlicher und nationaler, geistiger und wirtschaftlicher Art aus Angst vor der Revolution und der auflösenden, zersetzenden Wirkung nationaler und liberaler Gedanken so feindlich und ablehnend gegenüber und ging in ihrem Absperrungssystem so weit, daß man in diesen Friedensjahren ohne Übertreibung von einer „chinesischen Mauer" zwischen Deutschland und Österreich sprechen konnte, einer „völligen Scheidung in politischer, wirtschaftlicher und literarischer Beziehung" [1]).

Diese Sonderung vom übrigen Deutschland mußte von den Deutsch-Österreichern darum weniger empfunden werden, weil sie in der Monarchie — mit Ausnahme Ungarns, das immer eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt hatte — durchaus die herrschende Stellung einnahmen. Herrschaft der Deutschen und Regierungsinteresse schienen identisch zu sein [2]). Es war ihnen selbstverständlich, daß die Nötigung zum Erlernen der deutschen Sprache schon in den untersten Schulen begann, daß alle mittleren und höheren Lehranstalten auf deutschem Fuße eingerichtet waren und der ganze innere Dienst bei allen Staatsbehörden deutsch war [3]).

So hatten die Deutschen das größte Interesse am Zusammenhalt des alten zentralistischen Österreich, dem sie und ihre Söhne als Beamte dienten, und das ihrem Volkstum die größte Förderung gewährte. Darum ist es nicht verwunderlich, daß von einem deutschnationalen Enthusiasmus in der Allgemeinheit nichts zu

---

[1]) Historisch-politische Blätter XXII, S. 449.
[2]) A. Springer: Geschichte Österreichs II, S. 7.
[3]) Helfert: Geschichte Österreichs II, S. 152.

bemerken war[4]). Fehlte doch den Deutsch-Österreichern das zwingende Bedürfnis, sich für die deutsche Einheit zu begeistern[5]), und der Gedanke daran wurde von vielen Leuten als lächerliche Phantasterei verlacht[6]). Doch soweit ging das Interesse der deutschen Bewohner Österreichs mit dem reaktionären der Regierung nicht zusammen, daß sie willig die Ruhe des Kirchhofs einhielten, die Metternich als Ideal vorschweben mochte.

Je länger die Herrschaft des Staatskanzlers dauerte, desto weitere Kreise erfaßte die Opposition gegen das allmählich greisenhaft werdende Regiment, das den Zensor zu einem allmächtigen Manne und die Spione zu unentbehrlichen Werkzeugen der Regierung machte. Besonders die Jugend wandte sich in steigendem Maße liberalen und demokratischen Ideen zu, verschlang mit Heißhunger antiösterreichische Literatur und nährte ihre Oppositionslust durch genaue Kenntnis von Welckers Staatslexikon und eifrige Lektüre der Allgemeinen Zeitung[7]).

Aber nicht auf die heranwachsende Generation, auf Literaten, Künstler, Gelehrte und Studenten blieb der Wunsch nach Änderung der bestehenden Zustände beschränkt; selbst auf den ständischen Landtagen der Provinzen, die ein rechtloses Scheinleben führten, wurden Reformforderungen laut. Immer deutlicher wurde es, daß die Zeiten der politischen Stagnation endgültig vorüber waren.

Bezeichnend für die Deutschen und ihre damalige Stellung in Österreich ist die Tatsache, daß hierbei nicht nationale, sondern rein politische Ideen, wie Volksvertretung und Preßfreiheit, im Vordergrund standen. Doch bahnte sich auch hierin langsam eine Änderung an und bereitete sich jene nationaldeutsche Stimmung vor, die im Frühjahr 1848 manchen Kreisen das Aufgehen in Deutschland wünschenswert erscheinen ließ.

Die Gefahr, die dem Deutschtum vonseiten der Slawen in Österreich drohte, wurde erst spät erkannt. Das nationale Erwachen begann zu Anfang des 19. Jahrhunderts und wurde vorbereitet und gefördert durch eifrige Pflege der volkstümlichen

---

[4]) Historisch-politische Blätter XXII, S. 450.
[5]) Ant. Springer: a. a. O.
[6]) Kudlich: Rückblicke und Erinnerungen I, S. 159.
[7]) Historisch-politische Blätter XXII, S. 26.

Sprache und Literatur. Mit der kulturellen Hebung und wirtschaftlichen Kräftigung mußten naturgemäß die bisher unterdrückten Nationalitäten aggressiv werden; das Deutschtum und der deutsche Zentralismus waren gleichmäßig das Ziel der slawischen Offensive [8]).

Zum Ausbruch des offenen Krieges führten die langsam sich verschärfenden Gegensätze jedoch erst im Frühjahr 1848 infolge der nationalen Bewegung in den übrigen deutschen Staaten, durch die sich die Slawen in ihrem nationalen Dasein bedroht fühlten.

Die Opposition in den Ländern des deutschen Bundes gegen das bestehende reaktionäre System und die Agitation für eine kräftigere Einigung des deutschen Volkes, als sie 1815 im Bundestag zu Frankfurt verkörpert wurde, war so gewachsen, daß es nur eines Funkens bedurfte, um ein gewaltiges Feuer zu entflammen.

Kurze Zeit nach dem Sturz des Juli-Königtums in Frankreich trat am 5. März 1848 in Heidelberg eine Gruppe von deutschen Patrioten zusammen, die zur Berufung eines Kongresses von Vertrauensmännern aus allen Teilen Deutschlands zu wirken beschlossen, der den Regierungen seine Mitwirkung anbieten sollte. Das war der Ursprung des sogenannten Vorparlaments, das am 30. März in Frankfurt a. M., dem Sitz des Bundestages, zusammentrat, mit der Aufgabe, die Vorbereitungen zur Wahl eines allgemeinen deutschen Parlamentes zu treffen.

Bei den nur wenige Tage dauernden Verhandlungen dieses Vorparlamentes nun zeigte es sich, daß die deutschen Bundesländer Österreichs, also auch Böhmen, als Bestandteile des künftigen deutschen Reiches betrachtet wurden, und daß man unzweifelhaft die Verschmelzung der westlichen Hälfte Österreichs mit dem neuen deutschen Staatskörper ins Auge faßte. Der gleichen Auffassung war der Ausschuß der 50 Vertrauensmänner, den die Versammlung vor ihrer Auflösung eingesetzt hatte, und der in Verbindung mit dem Bundestag die gefaßten Beschlüsse ausführen sollte. Die Fünfziger legten in ihrer Mehrheit großen Wert darauf, den tschechischen Geschichtsschreiber und Politiker

[8]) Vgl. Grenzboten 1848, IV, S. 327. Julian Schmidt an die Österreicher.

Palacky für Deutschland zu gewinnen und hielten ihm sogar einen Platz in ihrer Mitte offen[9]). Der aber schrieb an den Ausschuß seinen berühmten Absagebrief und sprach sich rückhaltlos für die Integrität der österreichischen Monarchie aus, die seinem Volke allein die Gewähr selbständiger Entwicklung bot.

Der Rückschlag gegen die deutschen Tendenzen in Frankfurt konnte in Österreich nicht lange ausbleiben. Daß die Slawen sich einem Großdeutschland gutwillig nicht beugen würden, zeigte sich zunächst in der Weigerung der tschechischen Bezirke, sich an den Wahlen für das deutsche Nationalparlament in Frankfurt zu beteiligen. Daher kam es, daß statt der vorgesehenen 190 Abgeordneten für Österreich tatsächlich nicht mehr als 120 in der Versammlung erschienen. Als dann zu Anfang Juni in Prag ein Slawenkongreß tagte, und der darauf folgende Prager Aufstand mit seiner unverkennbar gegen die Deutschen gerichteten Tendenz tobte, wurden in Österreich viele Deutsche endlich aus ihrer nationalen Lethargie aufgerüttelt und fingen an einzusehen: „daß diesem Österreich, wenigstens, soweit es deutsch ist . . . . die Freundschaft und Schutzgenossenschaft Deutschlands eine Lebensbedingung ist . . . . daß wir Deutschen Österreichs Deutschland mehr und dringender bedürfen, als Deutschland des Hauses Habsburg bedarf“ [10]).

Allein aber hätte der beginnende innerösterreichische Krieg der Nationen kaum genügt, um das erwachte deutsche Nationalgefühl der allgemeinen deutschen Bewegung einzugliedern. Zu neu war der Gedanke, bedroht zu sein, zu fest das Bewußtsein der alten Herrenstellung, als daß die slawische Gefahr schon den Zweifel am eigenen Staat gezeitigt hätte. Um die große Menge gut österreichischer Patrioten, die man später in Deutschland tadelnd die Schwarzgelben nannte, zu Demonstrationen im deutschen Sinne zu veranlassen, bedurfte es erst eines außerösterreichischen, staatlichen Impulses. Erst durch die Proklamationen des Königs von Preußen an die deutsche Nation, die den Anspruch auf die Führerschaft in Deutschland zu enthalten schienen, wurde man wieder an die Aufgabe Österreichs in Deutschland er-

---

[9]) Zwiedineck: Deutsche Geschichte II, S. 416.

[10]) Kudlich: Rückblicke und Erinnerungen I, S. 242.

innert[11]). Um nicht hinter Preußen zurückzubleiben, sah sich selbst das Ministerium veranlaßt, seine Sympathien für die deutsche Bewegung zu offenbaren[12]). Aus der Hofburg und vom Stephansturm wehten seit April die deutschen Fahnen.

Aus dem Vorherrschen dieses politischen Impulses in der deutschen Bewegung erklärt sich auch die Tatsache, daß es in Österreich keine Partei in dem Sinne gab, die, wie Rümelin aus Frankfurt schrieb: „das deutsche Österreich zu einem von Frankfurt aus regierten Lande, Wien zu einem verlorenen Grenzposten machen, die mit uns einen vollkommenen Bundesstaat bilden wollte, ohne alle Selbständigkeit, ohne eigene Vertretung im Auslande“[13]). Vielmehr waren selbst die von den Wienern nach Frankfurt an den Fünfzigerausschuß Gesandten so gut österreichisch, daß sie alle überzeugt waren, nur der österreichische Kaiser könne an die Spitze des neuen Deutschland treten[14]). Die Mehrzahl von ihnen ging auf den Vorschlag ein, die in Wien verwahrten alten Reichsinsignien dem Vorparlament zu übergeben: „um dadurch eine Demonstration zugunsten des deutschen Kaiserrechts Österreichs zu machen“[15]). Und so wenig „frankfurtisch“ war man in Wien, daß in dem Programm des für die deutschen Wahlen eingesetzten Komitees[16]) die Souveränität des Kaiserstaates der leitende Gedanke war[17]).

Die Regierung entsprach demnach der öffentlichen Meinung, wenn sie ihre Zustimmung zur Vornahme der Parlamentswahlen nach Frankfurt an Vorbehalte knüpfte und erklärte: „daß die österreichische Regierung nicht an die Annahme der Parlamentsbeschlüsse gebunden sei, daß der Kaiser sich vorbehalte, der neuen Bundesverfassung nur dann seine Zustimmung zu erteilen, wenn ihre Grundlagen mit den eigentümlichen Verhältnissen sowohl der deutschen Erbländer, als der gesamten Monarchie im Einklang stehen“[18]).

---

[11]) Vgl. Historisch-politische Blätter XXII, S. 457.
[12]) Springer: a. a. O., S. 252 und 254.
[13]) Rümelin: Aus der Paulskirche, S. 106 f.
[14]) Helfert: Geschichte der österreichischen Revolution I, S. 413.
[15]) Schuselka: Das Revolutionsjahr, S. 72 f.
[16]) In dem Mühlfeld und Andrian eine eifrige Tätigkeit entfalteten.
[17]) Springer: II, S. 261.
[18]) Springer: II, S. 10.

Diese Stimmung in der Öffentlichkeit gegenüber den deutschen Vorgängen blieb herrschend und wurde gegen Frankfurt teilweise geradezu feindlich, als im Oktober 1848 das Parlament durch seine Verfassungsbestimmungen die Auflösung der Monarchie zu dekretieren schien[19]).

Die Partei des Gesamtstaats war eben immer groß geblieben[20]), und nirgends war die Stimmung des Volkes vorbereitet, von jetzt an die alte Heimat aufzugeben, um in einem neuen deutschen Staatskörper verschmolzen zu werden[21]). Und als in den ersten Monaten des Jahres 1849 in Frankfurt über die Ausschließung Österreichs aus Deutschland verhandelt wurde, ließ sich das österreichische Publikum zur Entrüstung der wenigen deutschen Patrioten nicht aus seiner Gleichgültigkeit reißen[22]).

Es war nicht anders, der nationale Gedanke reichte wohl von Frankfurt nach Österreich, aber nicht von Österreich nach Frankfurt hinüber[23]). Eine folgenschwere Tatsache, die den österreichischen Abgeordneten im ersten deutschen Parlament ihre Aufgabe nicht unwesentlich erschwerte, und die zugleich den preußischen Hegemoniebestrebungen in Deutschland das moralische Übergewicht sicherte.

---

[19]) Helfert: Geschichte Österreichs II, S. 244.

[20]) Deutsche Zeitung, Frankfurt, 13. Oktober 1848. Die Restaurationspolitik in Österreich.

[21]) Allgemeine Zeitung, Beilage, 31. Oktober 1848: Die österreichische Verwicklung.

[22]) Ostdeutsche Post, 7. Februar 1849.

[23]) Allgemeine Zeitung, 27. Januar 1849. Frankfurt, 24. Januar.

Kapitel II.

Stellung der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt.

Während in den Tagen Metternichs das vorwiegende Gefühl des deutschen Volkes gegenüber Österreich: „den Vertreter veralteter retrograder Prinzipien“ [24]), dem alle Übelstände zur Last gelegt wurden, Haß und Verachtung war, wurde das alles mit einem Schlage vergeben und vergessen, als die Wiener am 13. März 1848 den greisen Staatskanzler zum Rücktritt veranlaßt hatten und im Ruhm ihrer Revolution erstrahlten. Schienen sie doch die Wegbereiter der neuen Freiheit zu sein.

Die Deputation der Wiener an den Frankfurter Fünfziger-Ausschuß, die aus Wahlen des Bürgerkomitees, der Universität und der niederösterreichischen Stände hervorgegangen war [25]), wurde am 9. April 1848 mit dem größten Jubel empfangen. Der österreichische Schriftsteller Schuselka beantragte eine außerordentliche Sitzung in der reformierten Kirche [26]), wo der Präsident Soiron den Gefühlen der Freude Ausdruck gab, die alle Deutschen empfanden: „einen so zahlreichen und edlen Volksstamm endlich wieder mit seinen Brüdern vereinigt zu erblicken“ [27]).

Den Höhepunkt der Sympathien für Österreich bezeichnet die Wahl des Erzherzogs Johann zum provisorischen Reichsver-

---

[24]) Andrian v. Werburg: Österreich und dessen Zukunft, S. 138. Vgl. auch Schuselka: Österreich über alles, wenn es nur will, S. 12.

[25]) Zwiedineck: II, S. 416.

[26]) Schuselka: Das Revolutionsjahr, S. 103.

[27]) Allgemeine Zeitung, 15. April 1848.

weser von Deutschland am 28. Juni 1848[28]). Noch einmal reichten sich in der Vorstellung des Volkes Vergangenheit und Gegenwart die Hände, als der Bruder des letzten deutschen Kaisers in der alten Krönungsstadt seinen Einzug hielt.

Doch nicht allein durch die hierin liegende Anerkennung der österreichischen Vormacht in Deutschland gelangten die österreichischen Abgeordneten zu einer bedeutenden Stellung im Parlament. In den zahlreich sich bildenden Parteiklubs besaßen sie Männer genug, um ihrem Stamm eine würdige Vertretung zu verbürgen.

Die Parteien bildeten sich in den ersten Monaten nach Zusammentritt der Nationalversammlung, und die Abzweigungen und Neubildungen kamen nie ganz zum Abschluß[29]). In Gruppen geschieden wurden die Parlamentarier vor allem durch die wichtigste Frage nach dem Verhältnis der Nationalversammlung zu den deutschen Regierungen. Am klarsten war hier die Stellungnahme der äußersten Rechten, die alles der Vereinbarung überließ, und der äußersten Linken, die das Volk für souverän erklärte. Zwischen diesen beiden Polen bildeten sich zahlreiche Vermittlungsgruppen. Die verschiedenen Parteien, die Konservativen, die zahlreichen Gemäßigten und die Radikalen wurden bald nach dem Namen ihrer Klublokale benannt: Steinernes Haus, Landsberg, Augsburger Hof usw.

Für die österreichischen Abgeordneten hatte ihre Regierung augenscheinlich von vornherein einen landsmannschaftlichen Zusammenschluß gewünscht. Ihnen war auf Staatskosten ein geräumiges Lokal in der Sokrates-Loge eingeräumt worden: „mit allen Erfordernissen gesellig-politischer Vereinigung“[30]). Wenn die Abgeordneten auch immer davon Gebrauch machten, so daß dadurch stets ein engerer Zusammenhang gewahrt blieb, so ließen sie sich dadurch doch nicht abhalten, nach ihrer politischen Überzeugung den Parteiklubs beizutreten[31]).

---

[28]) Daß die österreichischen Abgeordneten an das Gelingen der Wahl Träume von einem österreichischen Kaisertum knüpften, erzählt Raumer in seinen Briefen aus Frankfurt, S. 216.

[29]) Zwiedineck: II, S. 425.

[30]) Biedermann: S. 5.

[31]) Schuselka: Das Revolutionsjahr, S. 143.

Unter den Österreichern herrschte ein gemäßigter Liberalismus mit konservativem Einschlag vor, und nur die Minderzahl war radikal-demokratisch[32]). Danach bestimmte sich auch ihre Zugehörigkeit zu den Parteiklubs, deren Organisation nur ein Bruchteil aller Abgeordneten angehörte. Unter den österreichischen Mitgliedern der äußersten Rechten[33]) war der bekannteste der Direktor des österreichischen Lloyd und spätere Handelsminister Bruck, der dem Parlament nur kurze Zeit angehörte. Ihm ebenbürtig in der Größe seiner Entwürfe war Mühlfeld, der als einer der wenigen wirklich staatsmännischen Geister die Zukunft Deutschlands entschleiert sah, ein kühler Rechner, dem seine Heimat über alles ging, ein Groß-Österreicher aus Überzeugung, wie es wenige gab. Von Anfang an trat er mit einem festen politischen Programm auf, an dem er unbeirrt festhielt. Von Anfang an verfocht er den Gedanken, das außerösterreichische Deutschland zu einigen und diesen neuen Staatskörper in einen weiteren, dauernden Bund mit Österreich zu bringen. Als Mitglied des Verfassungsausschusses und einer der besten konservativen Köpfe verschaffte er sich großen Einfluß unter seinen Landsleuten.

Alle aber überragte Ritter Anton von Schmerling, der dem rechten Zentrum, der Partei im Kasino, angehörte. Schon vor der Revolution hatte er sich auf dem niederösterreichischen Landtag durch seine eifrige Tätigkeit hervorgetan. Er gehörte zu den Wortführern jener Gruppe, die eine Änderung des politischen Kurses erstrebte, und zu jener ständischen Deputation, auf deren Drängen hin Fürst Metternich seine Ämter niederlegte.

Als das deutsche Parlament berufen wurde, schickte ihn die österreichische Regierung zusammen mit Freiherrn v. Sommaruga in das Kollegium der vom Bundestag eingesetzten Vertrauensmänner, wo er sich so bewährte, daß er am 13. Mai 1848 zum österreichischen Präsidialgesandten am Bundestage ernannt wurde. Gleichzeitig nahm er als Abgeordneter der Stadt Tulln seinen Sitz in der deutschen Nationalversammlung ein und wurde in dem vom Erzherzog Johann gebildeten ersten Reichsministerium

---

[32]) Vgl. Eisenmann: Die Parteyen der teutschen Reichsversammlung.

[33]) Mitglieder des „Steinernen Hauses" später „Club Milani": Bruck, Mühlfeld, Schrott, Neubauer, Egger, Czörnig.

Minister des Innern. Nach dem baldigen Rücktritt des Fürsten Leiningen gelangte er dann an die Stelle, die seinen Namen in ganz Deutschland bekannt machte. Als Ministerpräsident und Minister des Äußeren bezeugte er die Richtigkeit der Ansicht, die ihn als einen der fähigsten Köpfe des Parlaments bezeichnete. Sein durchdringender Verstand, seine gewaltige Arbeitskraft und die Stärke seines Willens sicherten ihm, „dem Staatsmann unter Gelehrten“ [24]), von vornherein eine hervorragende Stellung.

Er gehörte zu den Menschen, die das Gefühl ihrer Überlegenheit keinen Augenblick verläßt, und die darum so leicht wegen ihres geistigen Hochmuts bei Gegnern Erbitterung erregen. An einem von ihm als richtig erkannten Plan hielt er mit eiserner Unbeugsamkeit fest; fast neigte er zum Dogmatismus in der Politik. Aus zu großem Selbstvertrauen, das sich vermaß, doch endlich alles nach Wunsch zu biegen, entsprang sein berühmtes Wort: wir können warten — und so scheiterte er später an den Widerständen, die von Preußen und von den Ungarn ausgingen.

Nie machte Schmerling ein Hehl aus seiner konservativen Gesinnung. Immer von neuem reizte er die Linke zu stürmischem Widerspruch, wenn er, ohne seine Haltung auf der Tribüne zu verändern, nur mit seinem sardonischen Lächeln auf den Lippen, ihre Bestrebungen ironisierte. Sein erfinderischer Geist war unerschöpflich in Beantwortung von Interpellationen, deren täglich eine Masse auf das Reichsministerium einströmte. Diese Kunst der nichtssagenden und hinhaltenden Phrasen, die leeren Versprechungen, mit anscheinender Wärme vorgebracht, trugen zur Verbreitung der Ansicht bei, daß Schmerling eine doppelzüngige Natur sei. Und in der Tat ging er mit einer gewissen Leichtigkeit, einer großen Geste über die Wahrheit hinweg, wenn ihm daraus ein Vorteil zu winken schien. Doch widerlegt seine Unfähigkeit, seiner Zunge zu jeder Zeit Meister zu bleiben, am besten die Behauptung, er sei durch und durch eine diplomatische Natur gewesen, ein zweiter Mephisto. Er hatte später unter dem Nachteil seiner Stellung als österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Zentralgewalt zu leiden, als er seit dem Januar 1849 eine Politik zu vertreten hatte, die er innerlich nicht unterstützte.

[24]) Arneth: Ritter Anton v. Schmerling. Einleitung, S. 3.

So warf sich das Odium gegen die österreichische Politik in Deutschland auf sein Haupt.

Neben ihm war unter den Österreichern der Kasinopartei[35]) vor allem der Freiherr v. Andrian in weiten Kreisen bekannt. Er hatte 1843 jenes berühmte Buch erscheinen lassen: „Österreich und dessen Zukunft", in dem er vom ständisch-aristokratischen Standpunkt nach englischem Muster Reformen für den Kaiserstaat verlangte und die Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls, eines public spirit, als das wichtigste bezeichnete. Er war vielleicht das Urbild jener hochgebildeten, nicht nur von Geburt, mehr noch durch Gesinnung wahrhaft aristokratischen Österreicher: „von deren hingebender Sicherheit des Benehmens, die aus dem Bewußtsein, einem alten und mächtigen Staate anzugehören, erfloß, von deren Leichtigkeit des Betragens und großer Liebenswürdigkeit die übrigen Mitglieder des Parlaments gern Vorteil zogen für den geselligen und parlamentarischen Verkehr"[36]).

Dem noch nicht 40jährigen Freiherrn v. Andrian, der so energisch der neuen Zeit vorgearbeitet, mußte naturgemäß eine wichtige Rolle zufallen. Von den niederösterreichischen Ständen in den Fünfzigerausschuß gewählt, nahm er als Abgeordneter des Wiener Wahlbezirks Landstraße[37]) seinen Sitz im Parlament ein. Bei der Präsidentenwahl am 31. Mai 1848 wurde er Vizepräsident und in den Verfassungsausschuß gewählt. Als im August die Reichsregierung in Beziehungen zu fremden Mächten trat, ging Andrian als deutscher Reichsgesandter nach London.

Als einer der wenigen konservativen Österreicher bewahrte er, unbeeinflußt durch die Ereignisse, seine politische Überzeugung, seine großösterreichische Gesinnung und gewann allein den Ruhm der vollsten Unbefangenheit[38]). Der schlanke, ernsthafte Mann mit seiner ruhigen Würde wirkte später, als die Leidenschaften der Partei- und Stammeskämpfe aufs Höchste ge-

---

[35]) Andrian, Benedikt, Graf Deym, Doblhof, Fritsch, Gründlinger, Höchsmann, v. Mayern, Potpeschnigg, Schmerling, Schuler, Sommaruga, Würth.

[36]) Haym: II, S. 65.

[37]) Reschauer: Das Jahr 1848, II, S. 98.

[38]) Laube: III, S. 79.

stiegen waren, immer in mäßigendem Sinne und bewährte stets den einsichtsvollsten Takt, ohne in der vordersten Reihe zu stehen [39]).

Ganz anders geartet und ihm nur ähnlich in großösterreichischer Gesinnung war sein Parteigenosse Graf Deym aus Hohenelbe in Böhmen. Im Vormärz war er ein eifriges Mitglied der Opposition im böhmischen Landtag gewesen und galt seitdem als ein alter politischer Praktikus [40]). Ein im hohen Grade origineller Kopf mit scharfem Verstande, der sich schon in einer Flugschrift über die Regeneration des Kaiserstaats ausgelassen hatte, zog er die Aufmerksamkeit der Nation durch die Größe seiner Projekte auf sich. Der blasse, knochige Mann „mit den stachelbuschigen Augenbrauen und dem Schnauzbart von hussitischer Grobwüchsigkeit" [41]) mochte manchem Biedermann unheimlich erscheinen, wenn er rücksichtslos die bittere Wahrheit sagte.

Diese Freimütigkeit im Bekennen der eigenen politischen Überzeugung wurde anfangs auch dem Freiherrn v. Sommaruga verdacht, der mit Schmerling zusammen in das Kollegium der Vertrauensmänner gesandt worden war. Seine konservativen Ansichten schadeten seiner Stellung bei seinen jugendlichen demokratischer Landsleuten. Aber als vorurteilsfreier Kopf und kluger Taktiker brachte er im letzten Stadium des Parlaments die Verbindung der Großdeutschen mit der Linken zustande [42]).

Mehr noch als er, ein „Paroleträger des Höchstkommandierenden", ein Geist von geringer Originalität, aber vortrefflich brauchbar im Dienst von Schmerlings Politik [43]) war der Unterstaatssekretär Joseph v. Würth, der später dazu ausersehen wurde, von Frankfurt aus eine Wendung in der österreichischen Politik zu versuchen.

Eine wichtige Stellung im Parlament, vor allem durch seine Ratschläge und seine große Erfahrung auf dem Gebiete des Heerwesens, nahm der Oberst v. Mayern ein; vielleicht das tapferste

---

[39]) Beda Weber: Charakterbilder, S. 325. Wichmann: S. 81.
[40]) Laube: a. a. O., S. 79 ff.
[41]) Heller: S. 112.
[42]) Biedermann: S. 220.
[43]) Biedermann: S. 219.

österreichische Herz in Frankfurt, voll unerschütterlichen Glaubens an seinen Staat.

Eine besondere Gruppe unter ihren Landsleuten bildeten die Tiroler aus dem deutschen Norden ihres Landes: Beda Weber, Flir, Kerer, Gasser und Feßler. Sie waren die einzigen österreichischen Abgeordneten, die dem katholischen Verein beitraten[44]) und als klerikal gelten konnten.

Der katholische Verein in Frankfurt war eine Gesellschaft aller entschiedenen Katholiken, die sich zusammenzutun beschlossen, um eine gemeinsame Stellung zu den Kirchen- und Schulfragen bei der Beratung der Grundrechte einzunehmen[45]); ein Verein, der nur kirchenpolitischen Zweck hatte und seine Mitglieder anderweitig politisch nicht binden wollte. Diesen Klerikalen waren die österreichischen Abgeordneten besonders verdächtig als „Josefiner"; verharrte doch in Österreich der Episkopat bei dem alten Staat und seiner Kirchenpolitik[46]), und waren aus ganz Österreich doch nur 2 Geistliche, Lienbacher und Schmidt, gewählt worden.

Der originellste Kopf unter den Tirolern war unstreitig der Priester Beda Weber aus Meran. Sein Wirken in Tirol stand ganz im Dienst der deutschen Sache, indem sein eifrigstes Streben sich gegen die italienischen Abtrennungsgelüste in Südtirol richtete. Schon früh (1833) hatte er sich ganz im Sinne der Romantiker für die Erneuerung eines deutschen Reiches ausgesprochen. Er wollte ein deutsches Reich ohne „38 Zivillisten und Herrscherlinge" mit einem König, der den ganzen heiligen Lieder- und Lebensfrühling der großen Kaiserzeit wieder herauf führen sollte[47]), natürlich unter der stillschweigenden Voraussetzung eines katholischen habsburgischen Kaisertums.

Im Frankfurter Parlament mochte er manchem als ein neuer Abraham a Santa Clara erscheinen, wenn er, „ein stark gebauter, gelblicher Mann, ganz mit der Physiognomie eines katholischen

---

[44]) Schnabel: Der politische Zusammenschluß des Katholizismus im Jahre 1848, S. 58.

[45]) Schnabel: S. 57.

[46]) Schnabel, S. 37.

[47]) Wackernell: Beda Weber und die tirolische Literatur, S. 84

Weltgeistlichen“ [48]), mit seinem derben, oft beißenden Humor, gegen seine Feinde zu Felde zog. In allen Wandlungen seines vielbewegten Lebens bewahrte er sich seinen Tatendrang und seine Kampflust, die aus einer urwüchsigen Kraft entsprang. Rücksichtnahme kannte er nicht; mit beiden Füßen stand er trotzig in dieser Welt, ohne die jenseitige als gläubiger Katholik zu vernachlässigen. Seinem dichterischen Talent kam seine scharfe Beobachtungsgabe zugute, so daß seine Schilderungen von Zuständen und Dingen immer von Bedeutung waren. Seine politische Haltung war nicht frei von Inkonsequenzen, und auch er paktierte später aus taktischen Gründen mit der Demokratie, die er früher so heftig bekämpft hatte.

Sein Widerpart in gewissem Sinne, auch eine Art „Volksmann“, ebenso wie er nicht frei von persönlicher Eitelkeit und einer der besten Redner der Paulskirche, war Dr. iur. Carl Giskra aus Wien, der dem linken Zentrum, dem Württemberger Hof, angehörte [49]).

Noch nicht dreißigjährig, leidenschaftlich und feurig, war er einer der tätigsten gewesen in der glorreichen neuen Zeit, als die Studenten von Wien die Herren in Österreich waren. Bei der berüchtigten Sturmpetition, am 15. Mai 1848, gelang es vor allem seinen mit Drohungen untermischten Vorstellungen, das Ministerium Pillersdorf zur Annahme der Volkswünsche zu bewegen [50]). Mit einer außerordentlichen Beweglichkeit des Geistes, die sich in den blitzenden Augen und den lebhaften Zügen des blonden, hochgewachsenen Mannes zeigte, verband er eine blendende Rednergabe, die ihm gar häufig den donnernden Beifall der Galerien eintrug. Bald aber geriet er in Gefahr, alles zur Pose zu machen, und ernsthafte Beobachter vermißten bei ihm Entschiedenheit des Willens, die nachhaltige Kraft der Überzeugung und die von äußerlichen Motiven unabhängige Gesinnung [51]).

---

[48]) Laube: III, S. 74.

[49]) Giskra, Groß, Mayfeld, Makowiczka, Moeller, Neugebauer, Neuwall, Schneider, Stremayr.

[50]) Reschauer: II, S. 186 f.

[51]) Vgl. Biedermann: S. 222, Kalisch, Schrappnells: S. 315 ff. und Hart: Ein Tag in der Paulskirche II, S. 15.

Eine Abzweigung des Württemberger Hofes, der Augsburger Hof[52]), zählte unter seinen österreichischen Mitgliedern den gefeierten Historiker Alfred v. Arneth. Der schlanke, „wahrhaft gentile" junge Mann[53]) mit den schönen Augen und dem soliden Ernst seines geraden, aufrechten Charakters und seiner echt österreichischen treuherzigen Liebenswürdigkeit war in Wahrheit der „Liebling der Paulskirche"[54]).

Menschlich gehörte Arneth zusammen mit jener innigen liebenswerten Dichternatur Camillo Wagner, der im Juli mit vier andern Österreichern einer Abzweigung des Augsburger Hofes, der Westendhall[55]), gefolgt war.

Daran schloß sich die eigentliche Linke, die in den Teutschen Hof[56]), den Nürnberger Hof und den Donnersberg[57]) zerfiel. Hier am Sitz des demokratischen Radikalismus war der bedeutendste Kopf Josef Nepomuk Berger, der spätere Minister[58]). Der magere junge Mann, „hervorragend an Geist und Talent", war ein strenger, fast fanatischer Logiker in der Art eines Saint Just. Als Vizepräsident des Wiener Schriftsteller-Vereins, ein echter Vertreter der „österreichischen Doktorjugend", wurde er aus Mähren nach Frankfurt geschickt. Sein umfangreiches Wissen, sein Witz und seine Schlagfertigkeit ließen ihn mühelos zum Führer seiner demokratischen Landsleute werden, die trotz aller Phrasen doch keinen Begriff von Politik hatten[59]).

Parlamentarische und politische Größen waren weder der eitle Dichter Moritz Hartmann, Verfasser der vielgelesenen „Reimchronik des Pfaffen Mauritius", der mit seinem kokett gepflegten

---

[52]) Arneth, Kaiser, Rapp, Renger, Reisinger, Rößler, Unterrichter, Pretis.

[53]) Laube: III, S. 19.

[54]) Laube: a. a. O., S. 64.

[55]) Archer, Melly, Riehl, Ulrich, Wagner.

[56]) Bauernschmid, Demel, Kotschy, Kudlich, Marek, Pattai, Prato, Rank, Raus, Schilling, Trampusch.

[57]) Berger, Boczek, Gritzner, Hartmann, Hedrich, Jopp, Kollaczek, Wiesner.

[58]) Laube: III, S. 68. Kalisch: a. a. O., S. 317f. Arneth: Aus meinem Leben I, S. 219. Wichmann: S. 122.

[59]) Vgl. die Bemerkung Beda Webers Charakterbilder, S. 330f.

Bart den größten Beifall bei der Damengalerie fand[60]), noch sein israelitischer Stammesgenosse Wiesner, der Österreich beim Vorparlament vertreten hatte.

Unter der großen Zahl der Parteilosen, die fast immer mit der Rechten stimmten[61]), hatte der Name des österreichischen Hauptmanns im Geniekorps Karl Möring den besten Klang. Er war der Verfasser jener Sibyllinischen Bücher aus Österreich, die Anfang 1848 anonym erschienen und massenhaft gekauft wurden[62]). Noch nie war ein Schriftsteller so streng mit der Regierung ins Gericht gegangen, noch nie hatte jemand so rücksichtslos die Schäden des Metternichschen Regimes bloßgestellt, wie es hier geschah. Sein Parlamentsgenosse Schuselka hielt dafür, daß neben diesem Werke alles, was bisher über Österreich geschrieben war, schülerhaftes Zeug sei. Möring war ein Mensch von einer merkwürdigen politischen Phantasie, die ihn zuweilen die Zukunft voraussagen ließ, ein durch und durch schwarzgelber Österreicher, der allerdings durch eine unpolitische Schwärmerei für das Germanentum immer wieder zu einer schwankenden Haltung in der Behandlung der österreichischen Nationalitäten kam, wie es sich in seinen zahlreichen Flugschriften des Jahres 1848 zeigt. Vom Parlament wurde er als Reichskommissar für die Flotte ausersehen und vertrat als solcher unter stets erneuten Hinweisen den Plan, den Kieler Hafen durch einen Kanal mit der Elbmündung zu verbinden.

Zu den Abgeordneten, die, wie Möring, weniger durch Reden als durch politische Schriften auf das Parlament zu wirken suchten, gehörte Beidtel aus Brünn, der sich stets als der schärfste Feind des Slawentums bewies; ferner Perthaler, der spätere sogenannte „Erfinder des österreichischen Bewußtseins", ein eifriger Helfer Schmerlings unter dessen Staatsministerschaft, sowie Unterrichter, Sommaruga und Schuselka.

Die Zahl der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt überstieg niemals 120, da, wie schon erwähnt, die slawischen Bezirke nicht gewählt hatten. Soviel stimmten für die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser am 28. Juni und im Oktober bei der

---

[60]) Vgl. Hart: a. a. O., S. 30 f.
[61]) Eisenmann, a. a. O., S. 46.
[62]) Reschauer: I, S. 81.

ersten Lesung der Reichsverfassung. In einer Abstimmung[63]) am 16. Dezember waren es sogar weniger, da für die ausscheidenden Mitglieder nicht immer gleich ein Ersatzmann zur Stelle war. Als im März 1849 die Entscheidung über Groß- und Kleindeutschland herannahte, verbreiteten die Kleindeutschen die Legende von den scharenweise nach Frankfurt strömenden Österreichern, selbst aus slawischen Bezirken. Diese Lüge wurde geglaubt, obwohl sich jedermann aus den Abstimmungslisten zur Kaiserwahl überzeugen konnte, daß die Österreicher ihre alte Zahl vom Sommer 1848 nicht überschritten hatten.

Das zeigt zur Genüge die Erbitterung der preußischen Partei gegen die Österreicher, die ihnen ihre Lage so schwer machte. Mußten sich doch mehrere Österreicher an den Präsidenten Simson mit der Bitte wenden, dafür zu sorgen, daß sie nicht so verächtlich behandelt würden.

Uns ist es heute möglich, vorurteilslos auf das Wirken der Österreicher in Frankfurt zurückzublicken. Man mag über ihre Tätigkeit denken, wie man will; ihre Anwesenheit im ersten deutschen Parlament und ihr Anteil an dem Versuch zum Neubau des deutschen Staates ist eine unverlierbare Erinnerung des deutschen Volkes, und ihre Wirkung ist „unvertilgbar in der Geschichte Österreichs und Deutschlands“[64]).

---

[63]) Siehe die Abstimmungen vom 28. Juni 1848, Sten. Ber. 617 ff.; 27. Oktober 1848, Sten. Ber. 2919 ff.; 16. Dezember 1848, Sten. Ber. 4217 ff. und 28. März 1849, Sten. Ber. 6084 ff.

[64]) Schuselka: Das Revolutionsjahr, S. 78.

Kapitel III.

Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten.

Die schwierigste Aufgabe der deutschen Revolution des Jahres 1848 bestand darin, die beiden deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, dem Einheitswillen der Nation so weit zu beugen, daß sie zugunsten eines deutschen Staates auf einen Teil ihrer Souveränität verzichteten. Das schien in dem Augenblick gelungen, als das aus ganz Deutschland berufene Parlament im Juni 1848 durch seinen Präsidenten Heinrich v. Gagern den Anspruch erhob, die Quelle für die Neugestaltung des Vaterlandes zu sein. Der von der Nationalversammlung gewählte Reichsverweser und das von ihm aus den Reihen der Volksvertreter gebildete Reichsministerium schienen die staatliche Einheit zu verkörpern und zu verbürgen.

Als sich aber im Laufe des Jahres 1848 immer deutlicher herausstellte, daß die beiden in den Kämpfen des 18. Jahrhunderts gefestigten deutschen Großmächte sich durch die Revolution nicht entwurzeln ließen, mußte diese Tatsache das deutsche Parlament aufs tiefste berühren und beeinflussen. Unmittelbar mußte in den Preußen und Österreichern sich der Gegensatz zwischen der Staatsnation und der Kulturnation offenbaren und ihre politische Haltung bestimmen.

Die Schwierigkeit für die Österreicher lag ja darin, daß die deutsche Kulturnation, der sie angehörten, erst zur Staatsnation werden wollte, während sie mit allen Fasern einem alten Staate anhingen, in dem sie, obwohl eine nationale Minorität, doch die herrschenden waren, und gerade bei ihnen der Versuch der Re-

gierungen, einen wahrhaften österreichischen Nationalgeist zu erzeugen, glänzend gelungen war[65]). So geschah es, daß den österreichischen Abgeordneten in Frankfurt die deutsche Einheit zu verblassen begann, als der Kaiserstaat sich wieder aufrichtete.

Daß die Österreicher die Einigung der Nation nicht mit der gleichen Inbrunst erstrebten, wie die übrigen Stämme, und daß ihre Liebe zu Deutschland von sehr realen Motiven beeinflußt war, zeigte sich demnach bei den verschiedenen nationalpolitischen Aufgaben, die ihnen in Frankfurt gestellt waren: zuerst bei der Behandlung der Nationalitätenfrage, sodann bei der Beratung der deutschen Verfassung und dem Versuch, die preußisch-deutsche Einheit zu verhindern und endlich bei der Lösung ihrer österreichischen Aufgabe, die Selbständigkeit der Monarchie gegenüber den Angriffen der radikalen Unitarier zu verteidigen.

§ 1. Allgemeines über Nation und Nationalität.

Entscheidend in vieler Hinsicht für die Auffassung von Nation und Nationalität ist die Anschauung des Einzelnen vom Verhältnis des Individuums zur Gesamtheit. Darum waren in Frankfurt die konservativ gerichteten Geister, die den Staat höher stellten als den Einzelnen, auch vor allem Vertreter des Gedankens der Staatsnation, während die Liberalen und Demokraten das Recht des Individuums auf volle Entfaltung seiner Nationalität betonten und für die Einheit der Kulturnation eintraten. Die Ideen der politischen Romantik vom gewordenen Staat kämpften mit denen der Aufklärungs- und Revolutionsepoche vom neu und vernunftgemäß zu schaffenden.

Eine Folge dieser Anschauungen ist die zweifache Auffassung des Nationalitätsproblems, die in der österreichischen Politik bis zum heutigen Tage wirksam ist, die politische und die ethnographische Auffassung der Nation.

Für die einen ist es unmöglich, Gebiet und Volk zu sondern; „das Territorium eines Staates", sagt Beidtel[66]), „ist ein Ganzes, eine politische Nation", und so konnte er von der zwischen Böhmen

---

[65]) Vgl. Helfert: Geschichte der österreichischen Revolution I, S. 10.

[66]) Tebeldi: Die Auflösung der staatlichen Einheit der österreichischen Monarchie durch die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., S. 36.

und Mähren herrschenden nationalen Abneigung sprechen[67]) und die Slawen der österreichischen Bundesländer unter dem Gelächter der Nationalversammlung Deutsche nennen[68]). Ähnlich war die Auffassung Schuselkas, der die Deutschen, Italiener und „eigentlichen" Illyrier in der Provinz Illyrien als eine politische Nationalität betrachtete, die allerdings dreifach gespalten sei[69]). Und Kuranda führte als den ersten Streitpunkt zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen nicht die nationale Differenz, sondern die Bodenfrage an[70]).

Tiefer sah hierin Graf Deym. Nationalität ist nach seiner Definition „die Lebensäußerung eines selbständigen organischen Körpers, dessen Unabhängigkeit und Macht die Individualisierung und Selbstbestimmung eines Volkes gestatten"[71]). Damit ist nicht gesagt, daß dieser selbständige organische Körper ethnographisch einheitlich zusammengesetzt sein müßte. Vielmehr ist es ebensogut denkbar, daß ein mächtiger und unabhängiger Staat mehrere Völkerschaften in sich vereinigt und ihnen so die Möglichkeit gibt, zu einer neuen Nation, einer lebendigen Staatsnation zusammenzuwachsen. Das ist für Deym das Ziel seiner patriotischen Hoffnung. Keine wirre Vermengung der Völker soll stattfinden, es muß diese österreichische Nation sich selbst und der Welt durch das offene Anerkennen eines österreichischen Gesamtreichs, einer österreichischen Gesamtnationalität klar werden[72]). Eine Forderung, die auch Andrian in seinem Buche mit Wärme vertreten hatte[73]).

Es ist natürlich, daß bei diesen konservativen Österreichern die ethnographische Nation in den Hintergrund trat, mehr als Basis für die höhere Staatsnation genommen wurde. Diese politische Auffassung meinte Marek, als er klagte, die Nationalität sei in Gefahr, vom Provinzialgeist unterdrückt zu werden[74]), wie es bei den Deutsch-Tirolern offensichtlich war. Als die Los-

---

[67]) Beidtel: Sten. Ber. 420.
[68]) Beidtel: Sten. Ber. 2849.
[69]) Schuselka: Österreich über alles, wenn es nur will! S. 11.
[70]) Kuranda: Sten. Ber. 664.
[71]) Deym: Drei Denkschriften, S. 22.
[72]) Deym: a. a. O., S. 25.
[73]) Andrian: S. 162 und 165.
[74]) Marek: Sten. Ber. 2892.

trennungsbestrebungen der Welschen in Trient im Parlament zur Sprache kamen, meinte Schuler aus Innsbruck: „Es gibt noch ein Höheres als Nationalität, das Staatenprinzip, das Prinzip der Selbsterhaltung."

Unversöhnlich steht dem die Überzeugung gegenüber, daß die Nation im ethnographischen Sinne der potenzierte Mensch sei. Nach Mörings Ansicht trifft diese Definition den Nagel auf den Kopf [75]), und darum will er die Völker geschützt wissen in ihrem „Urrecht der Nationalität" [76]), und Nationalität ist ihm: „das Volksbewußtsein, der innere Trieb nach Vereinigung, den dieselbe Sprache, dieselbe Abstammung erzeugen" [77]). Sind die Völker sich erst bewußt geworden, dann sind sie nach Giskra juristische Personen, zur ewigen Dauer bestimmt, und haben als solche „die wesentlichste Pflicht der Selbsterhaltung und die Pflicht, für diese Selbsterhaltung das äußerste zu tun" [78]).

Besser kann die personale Auffassung des Nationalitätenprinzips nicht erläutert werden, als durch diese Worte. Nichts ist hier gesagt von dem Gebiet eines Volkes, oder dem Bodenstreit. Die Nation ist ewig, aber der Staat vergeht, ist nur das notwendige, selbstverständliche Substrat für das Volk, das sich als ein Faktor von ewigem Wert in der Welt behaupten muß. „Jeder halte fest und treu an dem Volk, dem das Geschick ihn zugeteilt hat", schrieb Makowiczka ins Parlamentsalbum, „indem man seinem Volke dient, dient man der Menschheit." Damit führte er den Gedanken vom unvergänglichen Wert der Nation zwar weiter aus und rückte den Dienst am eigenen Volkstum in eine noch höhere Sphäre; aber offenbarte damit auch die Gefahr, die der robusten, egoistischen Auffassung Giskras durch weltbürgerliche, übernationale Gedankengänge drohte.

Man konnte auch auf andere Weise der Menschheit dienen wollen, nämlich, indem man die Demokratie und die Freiheit verbreitete und darüber die Nation vergaß. „Ist doch", sagte Moritz Hartmann, „die Freiheit die Sache des Geistes, die Sonne,

---

[75]) Möring: Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 1848.

[76]) Cameo: Der rechte Augenblick, S. 4. Möring: Entweder — oder, S. 10.

[77]) Cameo: Unsere Gegenwart, S. 5.

[78]) Giskra: Sten. Ber. 1203.

die allen, der ganzen Welt leuchtet, die Nationalität die gemütliche, liebgewonnene Hauslampe, die milde strahlt“ [79]). Und Berger wagte in der Nationalversammlung zu bekennen: „Wenn ich die Gewißheit hätte, daß die Slawa mir als Inhalt die Demokratie bietet, so würde ich mich für den slawischen Gesamtstaat erklären, wenn Deutschland mir keinen demokratischen Inhalt bietet“ [80]).

Schroffer konnte die Absage an die nationale Politik und das Bekenntnis zu universalen Ideen nicht sein, als es hier in einem Augenblick geschah, wo zu Ende Oktober die Wiener Demokratie vom erstarkenden Absolutismus zerstampft zu werden drohte. Aber es war den österreichischen Demokraten doch anders ums Herz, als sie in ihrem Groll über die enttäuschten Hoffnungen zugeben wollten. Mochten sie über die Gefahr für die Freiheit deklamieren, die Schritte des steinernen Gastes konnten sie nicht überhören, die ihnen unheilverkündend entgegendröhnten. Die Gefahr der avancierenden Slawen scheuchte sie zurück ins Lager der Nation.

§ 2. Die Nationalitätenfrage.

Von entscheidender Bedeutung für die Stellung Österreichs in Deutschland mußte es sein, daß es nur mit einem Dritteil seiner Länder dem deutschen Bunde angehörte, und daß diese Gebiete dazu nicht rein deutsch, sondern mit fremden Völkern durchsetzt waren.

In den österreichischen Bundesländern waren die Tschechen in Böhmen und Mähren die zahlreichste nichtdeutsche Nation. Ihren nationalen Bestrebungen, die bald auf die Unterdrückung der deutschen Minorität ihres Landes abzielten, sowie den Hoffnungen der ebenfalls kulturell und wirtschaftlich erstarkenden Slowenen in Steiermark, Kärnthen und Krain konnte nichts nachteiliger und gefährlicher sein, als die Absicht des deutschen Volkes, die österreichischen Bundesländer mit einem neuen deutschen Reiche zu verschmelzen. Deshalb weigerten sie sich, nach Frankfurt zu wählen und beriefen im Juni 1848 den Slawenkongreß nach

[79]) Wittner: Moritz Hartmanns Leben und Werke I, S. 200.
[80]) Berger: Sten. Ber. 2817.

Prag, um über die Zukunft ihrer Rasse zu beraten. Die Führer, an der Spitze der gefeierte Geschichtsschreiber Palacky, erkannten sofort, daß ganz allein der österreichische Gesamtstaat die Slawen gegen die von Frankfurt drohenden Gefahren schützen könne. In dieser Kombination der Dinge erschienen sie gegenüber den Deutschen der Monarchie und den trennungslustigen Magyaren als die Träger des österreichischen Staatsgedankens und der Großmachtstellung der Dynastie. Das zog ihnen natürlich den wütendsten Haß der deutschen Demokraten zu; verhinderten die Slawen auf diese Weise doch nicht nur die Verschmelzung Deutsch-Österreichs mit Deutschland, die völlige Einigung der Kulturnation, es war auch die neugewonnene Freiheit aufs höchste gefährdet, wenn die Krone, gestützt auf die Armee und die Slawen, ihre alte Autorität im Gesamtstaat wieder herstellte.

Eine weitere Gefahr erwuchs den Deutschen aus dem Bestreben der Slawen und Italiener, die alten historischen Provinzen durch Erreichung der nationalen Autonomie zu zerreißen, wodurch ihr Herrschaftsbereich bedenklich geschmälert zu werden drohte.

Um dem herannahenden Unheil zu begegnen, konnten die Deutschen zwei verschiedene Wege einschlagen. Entweder konnten sie versuchen, die Nationalitäten durch eine defensive Taktik, durch Versprechungen und Garantien zu gewinnen, um ihre Bedenken gegen die deutsche Einheit zu zerstreuen, oder sie durch energische Offensive und rücksichtslosen Kampf ihrem Willen gewaltsam beugen.

Betrachten wir zunächst die Versuche, im Frieden zum Ziel zu kommen, durch Verfassungsbestimmungen und Garantien die österreichischen Nationalitäten für die Neugestaltung Deutschlands zu gewinnen, und im Zusammenhang damit die Pläne, anstelle des alten deutsch-zentralistischen Österreichs einen Föderativstaat zu setzen.

Der Gedanke, den österreichischen Nationalitäten auch im Gebiet des deutschen Bundes ihre nationale Entwicklung durch einen Ausspruch der deutschen Volksvertretung zu gewährleisten, trat schon früh auf. Schon gleich beim feierlichen Empfang der österreichischen Deputation zum Fünfzigerausschuß, am 11. April 1848, gedachten Andrian und Kuranda mit ernster Voraussicht der Slawen in Österreich und betonten die Notwendigkeit, daß

die künftige Nationalversammlung ihnen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität garantiere. Sodann wurde ein dahinzielender Antrag Andrians, den Giskra und Kuranda lebhaft unterstützten, gründlich beraten und endlich beschlossen: „es als eine der ersten Aufgaben der Nationalversammlung zu erklären, die Unverletzlichkeit aller Nationalitäten auf deutschem Boden gesetzlich auszusprechen“[81]). — Demgemäß stellte bereits in der achten Sitzung der Nationalversammlung am 27. Mai Marek aus Graz folgenden Antrag:

„Deutschland erklärt durch seine Vertreter:

1. daß es zur Unterdrückung irgendeiner Nationalität nie die Hand bieten werde;
2. daß allen jenen Staatsbürgern eines mit Deutschland verbundenen Staates, welche nicht zum deutschen Volksstamm gehören, alle Rechte der deutschen Staatsbürger zukommen, und daß ihnen die Aufrechterhaltung und Achtung ihrer Nationalität garantiert sei.
3. Die deutsche Sprache ist zwar Staatssprache, jedoch soll in jenen Kreisen, wo der größere Teil eine andere als die deutsche spricht, diese andere sowohl in Kommunalangelegenheiten, im Unterrichtswesen, als auch als Gerichtssprache eingeführt werden“[82]).

Nicht umsonst erachtete Marek nebst seinen Freunden den Antrag für so wichtig, daß er drohte, mitsamt den bereits anwesenden österreichischen Abgeordneten auszutreten, wenn er fiele[83]). War er doch nicht nur im besten Sinne weltbürgerlich, wie es den Demokraten Herzenssache war, sondern er verfolgte auch sehr reale Ziele, und es war von größter Bedeutung, gleich von vornherein keinen Zweifel an den Absichten des deutschen Volkes aufkommen zu lassen.

Dieser defensive Standpunkt, die Nationalitäten zu schonen, zeigte sich auch in den föderativen Verfassungsplänen für die habsburgische Monarchie, mit denen sich manche österreichische Abgeordnete trugen. Daß der Kaiserstaat auf ganz neuer Basis konstituiert werden müsse, und zwar nach dem Prinzip der Auto-

---

[81]) Schuselka: Das Revolutionsjahr, S. 107.
[82]) Antrag Marek: Sten. Ber. 118.
[83]) Wichmann: S. 34.

nomie der Teile, war gerade den denkenden und ehrlichen österreichischen Patrioten, den echten Schwarzgelben, durchaus klar geworden. Nur so konnte man hoffen, die erwachten Nationen mit dem österreichischen Staate zu versöhnen, der ihnen bisher nur eine Zwangsanstalt gewesen war.

Am klarsten erfaßte „den Inhalt dessen, was seinen nichtdeutschen Landsleuten not tat“ [84]) Mühlfeld, der die Aufgabe des neuen Österreich darin sah, seinen gleichberechtigten Völkern Freiheit zu bringen ohne Herrschaft und nicht Unterdrückung im Sinne der Magyaren. Dies Prinzip der Gleichberechtigung war ihm neben dem rein nationalistischen das höhere und der Humanität entsprechendere [85]). Noch deutlicher sagte Unterrichter: „eine Verfassung für die österreichische Monarchie sei nur möglich, wenn jeder einzelne Volksstaat autonomisch nach angestammter Nationalität und Sonderwesen konstituiert wird“ [86]). Über einen solchen Föderativstaat mit pragmatischer Sanktion, der nach Mörings Wort der politische Schlüssel für Österreich sei [87]), äußerte sich eingehend Sommaruga.

Das Problem besteht nach ihm darin, bei der für den Gesamtstaat notwendigen Zentralisation eine volkstümliche Entwicklung der einzelnen Teile zu gewährleisten. Dazu ist nur eine solche Trennung der einzelnen Länder nötig, „bei der es den auf vollkommen demokratischer Grundlage zu bildenden Landtagen derselben möglich wird, ohne eine den einzelnen Nationalitäten sonst drohende Herrschaft der Majoritäten, volle und unverkümmerte Pflege der nationalen und politischen Interessen zu verbürgen“ [88]).

Kein Zweifel, daß Sommaruga diesen Gedanken nicht zu Ende verfolgt und deshalb die Schwierigkeiten unterschätzt hat, die sich der Lösung der gestellten Aufgaben auf dem von ihm empfohlenen Wege entgegenstellen mußten. Überhaupt darf bei Beurteilung der Vorschläge zur Nationalitätenfrage aus dieser Zeit

---

[84]) Helfert: Geschichte Österreichs II, S. 281.

[85]) Mühlfeld: Sten. Ber. 2855.

[86]) Unterrichter: Ein paar Worte über die österreichische Frage.

[87]) Möring: Offener Brief, S. 6.

[88]) Sommaruga: Österreichs Zukunft und dessen Stellung zu Deutschland, S. 3.

nicht übersehen werden, daß es sich hier überall um ausgeklügelte Theorien handelt, denen jede praktische Erfahrung als Unterlage mangelte. Befand man sich doch erst am Anfang des jahrzehntelangen, mühevollen Kampfes, der dem Habsburgerstaat bevorstand. Daß alle Verfassungspläne Inkonsequenzen bargen, bewies gerade Sommaruga schlagend. Obwohl nach ihm die Hauptsache das Gleichgewicht der Nationalitäten auf den Provinziallandtagen ist, war er doch weit entfernt davon, die Zerlegung der historischen alten Kronländer in national getrennte Bezirke zu fordern, was die Reibungsflächen zwischen den feindlichen Völkern sehr vermindert hätte. Vielmehr muß nach ihm die möglichst selbständige Provinzialverwaltung erhalten werden. Nach seinen Plänen gliedert sich Österreich in folgende fünf Ländergruppen:

1. die gesamten sogenannten deutschen Bundesländer;
2. Galizien, das aus dem parlamentarischen und administrativen Verband mit den Erbländern zu entlassen ist; denn nur so kann ja das notwendige nationale Gleichgewicht zwischen Deutschen und Slawen erhalten werden;
3. Lombardei und Venedig;
4. Ungarn;
5. Illyrien, bestehend aus Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Militärgrenze und dem Raizisch-serbischen Teil von Südungarn [89]).

Daß seine Vorschläge, die eine auffallende Vermischung der territorialen mit der personalen Auffassung des Nationalitätsproblems darstellen, eine bestimmte politische Tendenz zugunsten des deutschen Stammes enthalten, ist klar. Denn während die Polen frei sein und die Südslawen sogar die ungarischen Serben in einem staatlichen Verbande umfassen sollen, und er sogar für die ungarischen Nationalitäten, deren Unterdrückung durch die Magyaren das Gefühl wahrhaft revoltiere [90]), besondere Landtage fordert, — also eine fast revolutionäre Durchbrechung des territorialen Standpunktes zugunsten der nationalen Autonomie — will er von dem tschechischen Verfassungsprojekt für Böhmen ganz und gar nichts wissen. Vielmehr fordert er die

[89]) Sommaruga, a. a. O., S. 4.
[90]) Sommaruga: Sten. Ber. 2818.

Rücksichten, die den slawischen Stämmen zuerkannt werden, um so mehr für das deutsche Element[91]). Denn der Plan eines deutsch-slawischen Bundesstaats der Erbländer innerhalb der Monarchie war das geeignetste Mittel, um das böhmische Staatsrecht zu verhindern, das der deutschen Minorität im Königreiche Wenzels mit „Donner und Hölle" drohte.

In diesen Projekten, die auf die Autonomie der Provinzen und nicht der Völker abzielten, wie sie auch Andrian, Graf Deym und Möring vertraten, lag trotz allen guten Willens unverkennbar ein Zwang gegen die nationalen Minoritäten in den verschiedenen Kronländern. Wenn schon die überzeugten Großösterreicher doch immer wieder zu der territorialen Auffassung kamen, so machten sich diese Anschauung jene Österreicher bewußt zu eigen, die die Aufrechterhaltung der deutschen Hegemonie in Österreich mit deutscher Hilfe erhofften, und vor allem diejenigen, die eine Verschmelzung der deutsch-slawischen Bundesländer mit dem deutschen Reiche erstrebten. Drohte doch, wenn die Slawen sich dem neuen Deutschland feindlich entzogen, die Gefahr, daß die politische Einheit der deutschen Kulturnation verhindert wurde.

So ließen sich vor allem die Vertreter der Linken zu der Inkonsequenz drängen, die Aufnahme der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat aus eben den Gründen zu erstreben, die sie Posen gegenüber nicht gelten lassen wollten[92]), als sie gegen die Aufnahme dieser Provinz in den Deutschen Bund stimmten. Aber wie dem auch sein mochte; man hatte sich eben in den Nachkommen der Hussiten getäuscht[93]) und erkannte mit Schrecken, daß die Zeit sich nahe, wo es die Pflicht Deutschlands sei, Böhmen im Notfall mit der Schärfe des Schwertes festzuhalten und nicht zu dulden, daß es ein slawisches Österreich gründe. Das aber würde, wie Riehl voraussagte, die Folge der Gleichberechtigung der Nationalitäten sein; der deutsche Einfluß müßte untergraben und die Dynastie gezwungen werden, sich der herrschenden slawischen Majorität anzuschließen. Am dringendsten verlangt aber das Völkerrecht nicht die Anerkennung

---

[91]) Sommaruga: a. a. O., S. 5.

[92]) Vgl. Deutsche Reform, 25. Oktober 1848, Bericht aus Frankfurt vom 22. Oktober.

[93]) Jeitteles: Sten. Ber. 667.

der fremden Völker, sondern: „daß wir uns selbst erhalten“ [94]). Ähnlich verlieh Achleitner schon von Anfang an der Überzeugung Ausdruck, daß es unnütz sei, den Slawen ihre Nationalität zu garantieren, da die Interessen der Deutschen in Österreich weit mehr gefährdet seien. Zwar sollten die Slawen die gleichen Rechtsgarantien haben wie die Deutschen, „aber sie sollen uns auch entschieden finden; sie sollen sehen, daß sie nicht so leicht in Deutschland ein slawisches Reich bilden können, und deshalb wiederhole ich nochmals, wir sollen uns entschieden für den Anschluß an Deutschland und dafür erklären, daß wir unsere Verfassung nur von Deutschland erwarten“ [95]).

In dieser selbstverständlichen Voraussetzung, daß die österreichischen Bundesländer zu Deutschland gehörten, verlangte Giskra, daß man einer antideutschen Bewegung gleich anfangs entgegentreten müsse und ihre Verbreitung nicht dulden dürfe. „Ich fordere aber als Deutscher von Mähren und . . . . antinationaler Philosophie abhold, daß die tschechische Bewegung ganz niedergehalten und für die Zukunft vernichtet werde“ [96]).

Die Mittel, um den Untergang des Tschechentums in Böhmen und Mähren herbeizuführen, gab Beidtel an, der weit entfernt war von „falschverstandenem Liberalismus und angeblich modernem Kosmopolitismus“ [97]). Um die „Glückseligkeit jener Kronländer“ zu befestigen, fordert er in erster Linie die Aufhebung aller Gesetze, welche die Zugehörigkeit der Slawenländer zu Deutschland auflockern und die deutsche Hegemonie beeinträchtigen [98]), sowie die Beseitigung der böhmischen Provinzialstände. Sodann aber müssen sich die Deutschen in den gemischten Provinzen unbedingt zu einer Partei zusammenschließen, um ihre Hegemonie mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten; handelt es sich doch nicht allein um den Besitz, sondern um mehr, die geschichtliche, die moralische Überlieferung. „Die Suprematie der Volksstämme wird um so mehr verteidigt werden, als der Besitz dieser Suprematie Ehrensache, eine heilige Errungenschaft ist, die

---

[94]) Riehl: Sten. Ber. 2902.
[95]) Achleitner: Sten. Ber. 120.
[96]) Giskra: Sten. Ber. 672.
[97]) Tebeldi: Die Slawen im Kaisertum Österreich, S. 67 ff.
[98]) Tebeldi: a. a. O., S. 58.

mit Charakter, Kultur und Erinnerung zusammenhängt, von der angenommen ist, der Bürger sei verbunden, für sie Gut und Blut einzusetzen“ [99]).

Es lebten eben diese Politiker dem Glauben, daß das deutsche Volk den Beruf habe, sich über alle die kleinen österreichischen Völker, denen nach Perthalers Wort die Berechtigung zu politischer Selbständigkeit fehlt, auszudehnen und sie einzubeziehen in seinen Machtkreis. „Die äußere Linie der deutschen Politik“, so formulierte er den imperialistischen Standpunkt, „darf und kann sich nicht auf den ethnographischen Begriff von Deutschland beschränken, sondern sie muß sich ausdehnen bis zu dem Punkt, wo sie hart an Frankreich und hart an Rußland grenzt.“ Die zwischen dieser Linie liegenden Völker können ein eigentümliches nationales Leben nur unter dem Einfluß des deutschen Volkes führen. Denn nur dieses ist duldsam und gerecht gegen andere. „Daher können diese kleinen Völker an den Segnungen der deutschen Politik im großen teilnehmen, aber sie dürfen dieselbe nicht durchkreuzen.“ Es darf in Mitteleuropa nur eine Politik geben; „weil das deutsche Volk das einzig mächtige Volk von Mitteleuropa ist, muß diese Politik eine deutsche sein“ [100]). Ganz ähnlich sprach Schuler aus Innsbruck, als er meinte: „war ja nach der Geschichte von jeher die welthistorische Aufgabe der Deutschen, die fremden Nationalitäten heranzuziehen, sie zu durchdringen, sie für die Neuzeit zu reifen“ [101]).

Diesen gegen die Welschtiroler gerichteten Worten, die Flir aus Landeck in einer großen Rede ausführlich begründete [102]), wurde bald Unterstützung durch die Tat geliehen. Als im Sommer 1848 die Agitation der Südtiroler für eine Trennung von dem deutschen Norden gefährlichen Umfang annahm, eilte Beda Weber aus Frankfurt in seine Heimat und brachte es durch persönliche Einwirkung auf die wankenden Italiener dahin, daß jetzt aus den südtirolischen Gemeinden Adressen für die Einheit des Landes ergingen [103]). „Es ist billig“, so verriet er seine Herzens-

---

[99]) Tebeldi: a. a. O., S. 13.
[100]) Perthaler: Das Erbkaisertum Klein-Deutschland, S. 12 ff.
[101]) Schuler: Sten. Ber. 1552.
[102]) Flir: Sten. Ber. 1548 ff.
[103]) Wackernell: S. 362.

meinung, „daß die Nationalversammlung erkläre, sich den Po und den Golf von Venedig nicht entreißen lassen zu wollen“ [104]).

Die wirkliche Gefahr aber für den deutschen Volksstamm in Österreich und damit seine Verbindung mit dem deutschen Staatskörper drohte nicht von Süden, sondern von Osten. Die Not in Österreich erschien nach dem Prager Juniaufstand der Tschechen so groß, daß der Demokrat Berger am 1. Juli im Parlament einen Antrag einbrachte, der letzten Endes eine Garantie der deutschen Nationalität in den bedrohten Gebieten enthielt. „Die Nationalversammlung erklärt, daß sie jede Verletzung der Selbständigkeit der Nationalität der deutschen Stammesgenossen in den österreichisch-deutschen Ländern mit den energischsten Mitteln zurückweisen, und daß sie nie zugeben werde, daß das deutsche Österreich durch einen slawisch-österreichischen Bundesstaat von den deutschen Vereinsstaaten losgetrennt oder überhaupt der Gefahr des Verlustes seiner staatlichen Selbständigkeit in einem Slawenreiche preisgegeben werde“ [105]). Dasselbe Ziel verfolgt der Antrag Reitters aus Prag, angesichts der empörenden panslawistischen Umtriebe in Österreich das deutsche Bundesgebiet für unverletzlich und jeden Angriff auf dasselbe für Landesverrat zu erklären [106]).

Noch dringender wurden die Forderungen der Linken, als im Oktober die Revolution in Wien durch den Fürsten Windischgrätz niedergeworfen war, und mit den Deutschen zugleich die Demokratie von den überwiegend slawischen Truppen des Siegers, zu denen noch der Banus von Kroatien gestoßen war, ausgerottet zu werden drohte. Alle Anträge [107]) der österreichischen Demokraten forderten vom Reichsministerium Wahrung der deutschen Interessen in Österreich, Anerkennung der deutschen Zentral-

---

[104]) Beda Weber: Sten. Ber. 2877.

[105]) Antrag Berger: Sten. Ber. 675.

[106]) Antrag Reitter: Sten. Ber. 238.

[107]) Siehe Majoritätsgutachten des Ausschusses für österreichische Angelegenheiten. Sten. Ber. 2810. Minoritätsgutachten ebenda. Verbesserungsantrag Berger, Kudlich, Wiesner, Schilling. — Antrag Leue, unterzeichnet: Stremayr, Mayfeld, Makowiczka, Werner, Neugebauer, Groß, Möller. — Sten. Ber. 2811. — Antrag Marek und Pattei: Sten. Ber. 2834. — Antrag Bauernschmid, Demel, Boczek, Wiesner, Esterle: Sten. Ber. 3030. — Groß: Sten. Ber. 2895.

gewalt und Entfernung der kroatischen Armee vom deutschen Boden. Sie alle waren der Überzeugung Moritz Hartmanns, der früh von seinem Glauben an eine Völkerverbrüderung abgekommen war, daß „der Angelpunkt der Entwicklung für die Deutschen Österreichs nur im engen Anschluß an das neue Deutschland liegen könne“ [108]).

Die Glaubensartikel des deutsch-österreichischen Bewußtseins in Frankfurt waren nach Springer: die Pflicht Deutschlands, im italienischen Kriege Österreichs Partei zu ergreifen, die Unzertrennlichkeit der deutschen und österreichischen Interessen in Italien, das Recht Österreichs, den Begriff des deutschen Volkstums auf Hanaken und Rusniaken auszudehnen, und die entschiedene Verwahrung gegen die Bildung eines slawischen Bundesstaats an der Stelle des alten Österreich [109]).

In dem offensiven Imperialismus gegenüber den nichtdeutschen Völkern des deutschen Bundesgebiets und der ganzen österreichischen Monarchie konnten sich, bis auf die wenigen Großösterreicher, eben alle Parteien zusammenfinden: die Demokraten, um durch Zurückdrängung der Slawen den Anschluß der österreichischen Bundesländer an das neue Reich zu ermöglichen und die deutsche Freiheit über den Bereich der deutschen Zunge hinaus zu verbreiten, die Gemäßigten und Konservativen, um in ihrer Herrenstellung erhalten zu werden und durch die Gewalt ihres Staates über ganz Mitteleuropa den Glanz des österreichischen Namens in der Welt noch zu erhöhen.

§ 3. Die deutsche Reichsverfassung.

Als das deutsche Parlament im Mai 1848 zusammentrat, benützte man den Zeitpunkt, da die Regierungen noch von den Stößen der Revolution erschüttert waren, nicht zur Feststellung einer deutschen Verfassung, sondern beschloß, von dem Druck des absolutistischen Polizeistaats befreit, zunächst die Grundrechte des deutschen Volkes zu beraten. Fünf kostbare Monate vergingen mit diesen Verhandlungen, die stets von einer Menge dringender Anträge, Interpellationen und Beratungen über die

---

[108]) Wittner: a. a. O., S. 193.
[109]) A. Springer: a. a. O. II, S. 670.

verschiedenen drängenden Fragen der Tagespolitik unterbrochen wurden.

Unaufhaltsam aber war unterdes, das konnte keinem aufmerksamen Beobachter entgehen, die Autorität des Parlaments im Sinken begriffen. Keinen Zweifel ließen die Regierungen Österreichs und Preußens daran, daß sie der Tätigkeit der Frankfurter Gesetzgeber und ihrem machtlosen Reichsverweser nur geringe Bedeutung beimaßen. Bei keiner Gelegenheit zeigten sich der Niedergang des Parlaments und die Stärke des Einzelstaates deutlicher, als bei der Beratung des Waffenstillstandes von Malmö, den Preußen auf eigene Hand zugleich im Namen Deutschlands mit Dänemark abgeschlossen hatte, ohne die Nationalversammlung zu beachten. Obwohl sie den Vertrag zuerst verwarfen und sich in donnernden patriotischen Reden über die Schmach Deutschlands ergingen, mußten die Volksvertreter ihre Ohnmacht erkennen und, ihrem ersten Votum entgegen, den Waffenstillstand schließlich doch gutheißen.

Unterdes bewies auch die österreichische Regierung ihre Lebenskraft und zeigte, daß sie nicht gemeint war, die Ergebnisse der März- und Mairevolution als endgültig anzusehen. Nach der Niederwerfung des tschechischen Aufstandes in Prag und den Erfolgen Radetzkys in Italien fühlte man sich in Wien stark genug, endlich auch mit den ungarischen Rebellen zu brechen, deren Bestrebungen letzten Endes auf die völlige Trennung vom Gesamtreich gerichtet waren. Der Krieg der Nationen in Ungarn gegen die magyarischen Bedrücker bot die günstige Gelegenheit; die Slawen, die alten Todfeinde der Deutschen und Magyaren, die sich von der Errettung des Gesamtstaats ihre nationale Zukunft erhoffen konnten, wurden klug benutzt. Am 3. Oktober 1848 wurde der Banus von Kroatien, Baron Jellachich, zum Gouverneur von Ungarn ernannt.

Wenige Tage darauf brach im Zusammenhang damit in Wien jene Revolution aus, die den Demokraten in Frankfurt die Gelegenheit zu nationalen und freiheitlichen Anträgen und Reden gab, deren schon gedacht wurde. Als ein deutsches Regiment sich weigerte, nach Ungarn abzurücken, nahmen die Wiener, bei denen sich Slawenhaß und Furcht vor absolutistischer Reaktion verbanden, für die Meuternden Partei und entfachten am 6. Ok-

tober einen regelrechten Aufstand. Die Niederwerfung durch die kaiserlichen Heere war bald geschehen. Fürst Windischgrätz und der Banus Jellachich rückten mit ihren Truppen heran, ein Hilfskorps der Magyaren für die bedrohten Wiener ward zurückgeschlagen, und zu Anfang November konnte der Sieger ein blutiges Strafgericht in der eroberten Stadt halten.

So sah die Welt aus, als endlich in der 100. Sitzung am 19. Oktober 1848 die Nationalversammlung daran ging, die im Ausschuß entworfene Verfassung des deutschen Reiches zu beraten. Das Problem, das hier zu lösen war, bestand vor allem darin, die österreichischen Bundesländer zum Deutschen Reich in ein staatliches Verhältnis zu bringen, ohne ihre Verbindung mit den außerdeutschen Provinzen zu lösen. Aufs engste also hing die Frage der deutschen Reichsverfassung mit der Vorfrage zusammen, auf welcher Basis sich die österreichische Monarchie neu gestalten werde.

Im Frühling und Sommer 1848 hatte es vielen so geschienen, als stünde Österreich vor dem Zerfall, und als würde sich auf diese Weise der Anschluß der deutschen Provinzen an den deutschen Bundesstaat schmerzlos vollziehen. Dieser Ansicht wurde der Boden entzogen, als es sich der staunenden Welt erwies, daß im Lager des Heeres noch Österreich war, und daß ein vielhundertjähriges Staatsgebilde nicht so leicht in den Staub sinkt.

Diese Bekundung der Lebenskraft ihres Staates mußte auf die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt aufs tiefste wirken; denn nicht nur wurden sie so zu steter Rücksichtnahme auf die Vorgänge in Österreich und zur Revision ihres nationalpolitischen Programmes gezwungen; es mußte sich auch der Zwiespalt zwischen ihrem deutschen und österreichischen Patriotismus in dem Maße vertiefen, wie die Monarchie zur selbständigen Macht in Europa erstarkte.

Unmöglich aber wäre für die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt jedes politische Handeln ohne die Überzeugung gewesen, daß Österreich sich nur als Föderativstaat neu gestalten könne. Nur wenn die deutsch-österreichischen Provinzen die Gruppe eines österreichischen Bundesstaats bildeten, konnte man die Einigung des ganzen Deutschlands, die Einbeziehung der österreichischen Bundesländer gleichzeitig in den deutschen Bun-

desstaat erhoffen. Nur unter dieser Voraussetzung konnten die österreichischen Abgeordneten und alle diejenigen, die ein Großdeutschland von Hamburg bis Triest ehrlich erstrebten, überhaupt an die Beratung der deutschen Reichsverfassung gehen.

Die Absichten der Mehrheit im Verfassungsausschuß und im Parlament gingen dahin, möglichst eindeutige Verhältnisse zu schaffen und das Prinzip der Nationalität in der Verfassung unverfälscht zur Geltung zu bringen. Man nahm mit dem Grundsatz, alle Deutschen in einen straff zentralisierten Bundesstaat einzubeziehen, absichtlich keine Rücksicht auf Österreich, wollte vielmehr durch Hervorkehrung des starren Dogmas die Monarchie zur Erklärung ihrer Absichten bewegen. Erst wenn man wußte, wie weit Österreich sich am deutschen Bundesstaat beteiligen werde, konnte man zur Entscheidung der weiteren Frage kommen, wie die Spitze des Reiches beschaffen sein sollte, unitarisch oder kollektiv.

Die entscheidenden Bestimmungen des Verfassungsentwurfs lauteten:

„§ 2: Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.

§ 3: Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der Personalunion zu ordnen“ [110]).

In der Konsequenz dieser Bestimmungen hätte zunächst die Auflösung der österreichischen Monarchie gelegen, wodurch die Verschmelzung ihrer deutschen Bundesländer mit Deutschland möglich wurde. Oder aber, wenn Österreich sich als Staat behauptete, konnte das Festhalten an diesen starren Forderungen zum Austritt oder zur Ausschließung des Kaiserstaats aus Deutschland führen. Von diesen Erwägungen geleitet, mußten die Österreicher, je nach ihrer Parteistellung, ihre nationale Aufgabe erfassen.

Die Demokraten mußten sich bemühen, die Bestimmungen der Verfassung in die Wirklichkeit zu übertragen, um die Einheit der Kulturnation nach Zertrümmerung der einzelstaatlichen Ge-

[110]) Sten. Ber. 2717.

walten zu erreichen. Die Gemäßigten und Konservativen aber mußten alles daran setzen, vermittelnde und modifizierte Verfassungsgrundsätze zu finden, um sowohl die Beteiligung Deutsch-Österreichs am deutschen Reiche zu ermöglichen, als auch seine Verbindung mit den nichtdeutschen Provinzen zu sichern. Nur so konnten sie ihrer deutschen und österreichischen Aufgabe gleichmäßig gerecht werden.

Betrachten wir zunächst die Lösung der deutschen Aufgabe, wobei die Demokraten in vorderster Reihe kämpften.

Für den § 2, der die Auflösung der Monarchie dekretierte, stimmten von 79 anwesenden österreichischen Abgeordneten 42[111]), deren 9 jedoch ihr patriotisches Gewissen durch die Erklärung retteten, daß sie bestimmt einen Zusatz erwarteten, der die eigentümlichen Verhältnisse Österreichs berücksichtige[112]). Die heftigsten Angriffe dieser „schwarz-rot-goldenen" richteten sich gegen die Möglichkeit, Deutschland ohne Österreich zu begründen, und deshalb vor allem gegen den Antrag Mühlfeld, den deutschen Bundesstaat und die Monarchie nur durch ein völkerrechtliches Band zu verknüpfen[113]), eine Lösung des Problems, die ihrem Denken schlechthin unmöglich war: „Ihr habt uns gesandt", hieß es in einer Erklärung von 29 Abgeordneten an ihre Wähler, in der sie ihre Abstimmung für die §§ 2 und 3 rechtfertigten, „daß wir zusammenfügen auf ewige Zeiten die Stämme von Deutschland in einen Bund der Völker. . . . Wir haben gefühlt und erkannt, was das deutsche Volk bedarf, wir haben ihm Rechnung getragen. . . . Wir haben gefühlt und erkannt, daß wir alle zusammengehören zum großen deutschen Volke, das berufen ist, zu sein eines der freiesten und mächtigsten

---

[111]) Sten. Ber. 2919 ff.: Arneth, Archer, Bauernschmid, Berger, Boczek, Demel, Edlauer, Esterle, Giskra, Groß, Hedrich, Huber, Jeitteles, Jordan, J. Kaiser, Knarr, Kotschy, Kudlich, Lausch, Makowiczka, Mally, Marek, Marsilli, Mayfeld, Melly, Mühlfeld, Neugebauer, Pattai, Rank, Rapp, Raus, Reitter, Renger, Riehl, Rößler, Schilling, Schreiner, Sommaruga, Stremayr, Tomaschek, Wagner, Würth.

[112]) Sten. Ber. 2923: Mühlfeld, Kaiser, Renger, Tomaschek, Arneth, Schreiner, Würth, Edlauer, Sommaruga.

[113]) Über Mühlfelds Politik, s. unten.

der Erde“ [114]). Leichten Herzens gaben sie ihren Heimatstaat auf, waren sie doch alle mit Reitter froh, nur ein Vaterland zu kennen [115]), und hielten sie doch alle mit Giskra dafür, daß die pragmatische Sanktion ein wertloses Pergament, ein Schild voll Löcher sei [116]).

„Alles, was nur in die Wagschale kommen kann, spricht dafür, daß Deutsch-Österreich bei Deutschland zu bleiben habe, und zwar unbedingt, wie jeder andere Bestandteil des deutschen Landes“, sagte Wagner [117]); und Riehl sprach nur der Mehrheit seiner Landsleute aus der Seele mit den Worten, die das Schicksal des Parlaments enthielten und zugleich die wirkliche Schwierigkeit der deutschen Einheit bezeichneten: „Wenn Sie eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland bloß auf dem Wege des völkerrechtlichen Bundes für möglich halten, wenn Sie es bloß auf diesem Wege wollen, so mögen Sie es sogleich und bestimmt aussprechen — sagen Sie dann lieber gleich, daß Deutschland aufgehe in Preußen. Das scheint mir dann der wahre Sinn des neuen Bundes ohne Österreich zu sein; ohne Österreich kein einiges Deutschland, aber — ein einiges Preußen“ [118]).

Wie die Mehrheit der Österreicher ihre nationale Pflicht in der Paulskirche auffaßte, zeigte am besten Arneth. Vor allem seien Modifikationen der §§ 2 und 3 notwendig, um das Fortbestehen Österreichs in und mit Deutschland möglich zu machen. Mit aller Schärfe wandte er sich dann gegen den Gedanken eines völkerrechtlichen Bündnisses: „Ich, der ich hierhergesendet worden bin, um an dem Bau der deutschen Verfassung mitzuwirken, ich, der ich hierhergesendet worden bin, um deren Ausdehnung über die deutsch-österreichischen Provinzen zu erzielen, sollte für einen Satz stimmen, der dadurch, daß er von einem völker-

---

[114]) Allgemeine Zeitung, 4. November 1848: Archer, Bauernschmid, Berger, Demel, Giskra, Groß, Hedrich, Jeitteles, Jordan, Kotschy, Kudlich, Makowiczka, Marek, Mayfeld, Melly, Möller, Neugebauer, Pattai, Rank, Raus, Rapp, Reitter, Riehl, Rößler, Schilling, Schneider, Stremayr, Wagner, Wiesner.

[115]) Reitter: Sten. Ber. 2781.

[116]) Giskra: Sten. Ber. 2795.

[117]) Wagner: Sten. Ber. 2850.

[118]) Riehl: Sten. Ber. 2904.

rechtlichen Bunde Österreichs mit Deutschland spricht, unser gemeinsames Vaterland in zwei Teile schneidet, für einen Satz, der, wenn er angenommen würde, das unverweilte Ausscheiden der österreichischen Deputierten aus der Paulskirche zur Folge haben müßte!“ [119])

Das mit allen Kräften zu verhindern und Modifikationen zu finden, war den Österreichern aller Schattierungen heiliges Gebot [120]). Mochten auch die Würth, Sommaruga, Beidtel, Weber, Arneth und Stremayr für den Zusammenhalt der österreichischen Länder in irgendeiner Form eintreten; keinen Augenblick schwankten sie in ihrer Überzeugung, daß Deutsch-Österreich ein unveräußerlicher Bestandteil des deutschen Bundesstaates sei. Sie fragten in erster Linie nicht: wie soll Deutsch-Österreich mit Deutschland vereinigt werden, sondern mit Mayfelds Worten: wie sollen die deutsch-österreichischen Provinzen künftig mit den nichtdeutschen verbunden sein? [121]).

Es spitzte sich das Problem der Österreicher in Frankfurt also immer mehr auf die Frage nach der Neugestaltung der habsburgischen Monarchie zu. Und ohne hierin klar zu sehen, konnten die Österreicher keine entscheidende Politik in Frankfurt machen und den Anhängern des straff zentralisierten Bundesstaats unter preußischer Führung nicht wirksam entgegentreten.

Da schienen die Anhänger Kleindeutschlands, die Freunde des engeren und weiteren Bundes im Sinne Mühlfelds, für den sich Heinrich v. Gagern am 26. Oktober in einer denkwürdigen Rede eingesetzt hatte, aus Österreich selbst eine unerwartete Hilfe zu gewinnen.

Am 27. November 1848 entwickelte der Ministerpräsident Fürst Felix Schwarzenberg vor dem österreichischen Reichstag in Kremsier sein politisches Programm, das über die deutsche Politik die vom Beifall der Deputierten begleitete Wendung enthielt: „erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu be-

---

[119]) Arneth: Sten. Ber. 2781.
[120]) Würth: Sten. Ber. 2790. Arneth: Aus meinem Leben I, S. 229.
[121]) Mayfeld: Sten. Ber. 2905.

stimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen“ [122]).

Als die preußische Partei aus dieser Erklärung, die als Antwort auf die Anfrage der Nationalversammlung vom Oktober gelten durfte, neuen Mut schöpfte und das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland als die Absicht des österreichischen Kabinetts hinstellte, erforderte die Lage der Österreicher in Frankfurt dringend die Ausführung des Ratschlages, den Würth schon im Oktober gegeben hatte. Danach sollte die deutsche Zentralgewalt die österreichische Regierung angehen, um die Modifikationen zu erfahren, die sie zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat für die Verfassung für nötig halte [123]). Diesen Plan griff jetzt Arneth wieder auf, dem es zunächst das dringendste Bedürfnis schien, erst einmal genau festzustellen, was die österreichische Regierung denn eigentlich wolle. Zu dem Zweck hielt er direkte Verhandlungen des Reichsministeriums mit dem Wiener Kabinett für nötig, um es zu einer unzweideutigen Kundgebung über seine Absichten und über die äußersten Grenzlinien zu veranlassen, innerhalb deren es die Einbeziehung der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat für möglich halte [124]). Demgemäß stellten zu Anfang Dezember er in seinem Parteiklub, dem Augsburger Hof, und gleichzeitig im Kasino Würth und Sommaruga einen dahinzielenden Antrag mit der Begründung, daß sie, die Österreicher, den Bescheid ihrer Regierung erwarten müßten, um zu wissen, ob sie noch fürder mit Recht und Fug an den Arbeiten der deutschen Nationalversammlung teilnehmen könnten [125]).

Das entsprach völlig den Absichten Schmerlings. Schon zu Anfang November beabsichtigte das Reichsministerium Kommissare nach Österreich zu senden, um bei der Neukonstituierung der Monarchie die Interessen Deutschlands zu wahren. In der Instruktion vom 10. November hieß es, daß nicht nur die Entwicklung der österreichischen Wirren die Aufmerksamkeit der Zentralgewalt in Anspruch nehme: „noch wichtiger beinahe ist

---

[122]) Friedjung: Österreich 1848—60, I, S. 168f.
[123]) Würth: Sten. Ber. 2790.
[124]) Arneth: I, S. 249.
[125]) Biedermann: S. 54.

die Lösung der Frage, wie die österreichische Monarchie sich gestalten, und in welches Verhältnis sie zu Deutschland treten werde“ [126]).

Nach Verkündigung des Kremsierer Programms mußte das Verlangen Schmerlings, über Schwarzenbergs Pläne Klarheit zu erlangen, noch wachsen. Die Frage des deutschen Oberhaupts, die jetzt in den Frankfurter Parteiklubs eifrig beraten wurde, hing so eng mit der österreichischen zusammen, daß eine Beantwortung nicht eher möglich war, als bis man die Absichten des Wiener Kabinetts kannte. Schmerling ging bei dem Plan, Verhandlungen mit Österreich einzuleiten, von dem Gedanken aus, Modifikationen seien nicht nur für die §§ 2 und 3, sondern auch für die ganze Verfassung zulässig; nur so konnte man hoffen, Österreich zur Beteiligung am Bundesstaat zu bewegen.

Diese Ansicht nun stieß auf die heftigste Gegnerschaft der Anhänger eines preußischen Erbkaisertums, die die §§ 2 und 3 nicht als eine Anfrage an Österreich, sondern als eine definitive Entscheidung des Parlaments betrachteten. Unter Führung Wilhelm Beselers benutzten sie jetzt die Gelegenheit, durch alle Mittel den unbequemen Österreicher aus dem Ministerium zu entfernen und Gagern an seine Stelle zu setzen (15. Dezember) [127]).

Das Mißtrauen gegen Schmerlings deutsche Gesinnung unter manchen Mitgliedern des Parlaments ging schon auf jene Zeit zurück, da er auf die lächerlichsten Interpellationen über die auswärtige Politik stets mit demselben Gleichmut und derselben meisterhaften Gewandtheit geantwortet hatte, indem er mit scheinbarer Wärme von der „Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands“ sprach. Seine aufrichtige Überzeugung aber von der Notwendigkeit, die gesamte deutsche Nation zu einem Bundesstaat zu einigen, behielt er bis zuletzt bei und sprach in einem ernsten Augenblick aus, daß es seiner Überzeugung widerspreche, dessen friedliche Gestaltung zu verhindern [128]). So war er sich trotz aller scheinbaren Wandlungen treu geblieben seit jener feierlichen Stunde, als am

---

[126]) Jürgens: I, S. 387.

[127]) Vgl. Jürgens: I, S. 387ff. Wichmann: S. 304f. Haym: II, S. 125.

[128]) Schmerlings Entlassungsschreiben an Schwarzenberg vom 12. März 1848 bei Arneth: Schmerling, S. 314.

24. Juli 1848 die drei neu ernannten Reichsminister Peucker, Duckwitz und er im Bundespalais zusammentraten, ihre Hände ineinanderlegten und feierlichst vor Gott gelobten „nach besten Kräften für Deutschlands Glück, Macht und Freiheit wirken und schaffen zu wollen“ [129]). Wie sehr er in deutschem Interesse handelte, und wie sehr er sich als deutscher Reichsminister fühlte, bewies er durch seine Haltung in der Frage des Waffenstillstands mit Dänemark. Er unterstützte entschieden diese preußische Maßregel, obwohl es ihm als Österreicher ein Leichtes gewesen wäre, den Bruch mit Preußen eintreten zu lassen [130]). Sein erstes Auftreten im Parlament galt einer Verteidigung und Belobung des preußischen Heeres [131]). Für die durch den Prager Juni-Aufstand bedrohten Deutschen in Böhmen trat er ohne Auftrag der österreichischen Regierung aus eigener Initiative ein, als er in der Sitzung des Bundestages vom 20. Juni den Antrag stellte, Preußen, Bayern und Sachsen sollten auf Aufforderung Österreichs eventuelle Hilfe leisten. Denn er war sich bewußt, daß es „heilige Pflicht sei, den in ihrer Person und Eigentum gefährdeten Deutschen in Böhmen beizustehen“ [132]). Schmerling war zugleich auch ein echter Schüler Kaiser Josephs und hatte „die Notwendigkeit einer Gesamtverfassung der habsburgischen Monarchie und die Bedeutung ihrer staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland für die Erhaltung ihres deutschen Charakters und ihrer europäischen Stellung durchaus erfaßt“ [133]). Und weil er eben stets die deutsch-österreichischen Gebiete als einen Teil des deutschen Bundesstaates ansah [134]), konnten auch nach seiner Überzeugung die österreichi-

---

[129]) Arnold Duckwitz: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben, 1841—66, S. 80.

[130]) Lemmermeyer: Aus Schmerlings Leben, Deutsche Revue XXII, S. 199 und Laube: II, S. 209.

[131]) Schmerling: Über die Vorgänge in Mainz, wo die preußische Besatzung gegen den Pöbel vorgegangen war. Sten. Ber. 103.

[132]) Arneth: Schmerling, S. 139.

[133]) Wentzcke: Zur Geschichte Heinrichs von Gagern. Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung I, S. 204.

[134]) Vgl. seine Bemerkung, Sten. Ber. 3697: „Das Reichsministerium hat nie verkannt, daß die österreichischen Gebietsteile einen Teil des deutschen Bundesstaates bilden.“

schen Abgeordneten, „welche zur Zustandebringung des Einigungswerkes nach Frankfurt entsendet worden waren, zuerst und aus eigenem Antriebe" unmöglich das Trennungswort aussprechen [135]).

Diese seine Auffassung der durch das Kremsierer Programm geschaffenen Lage kennzeichnen folgende Äußerungen aus dem Entwurf eines Schreibens an das österreichische Kabinett, das er dem Reichsministerium vorlegte: „Deutschland hat ein heiliges Recht auf Österreichs deutsche Gebietsteile, auf jene Länder, die auf Jahrhunderte zurückgezählt, zu dem „Reiche" gehörten. . . .

Österreich, dessen Fürsten seit ihrem Ahnherrn beinahe ununterbrochen des Reiches Krone trugen, es kann, es darf sich nicht zurückziehen vom deutschen Volke, mit dem es die Tage der Größe und des Ruhmes geteilt."

Eine Konstituierung Deutschlands neben Österreich würde, „wenn auch vorübergehend, das schmerzliche Bild einer Trennung gewähren, an die kaum gedacht werden soll" [136]).

Vielmehr sah er seine Aufgabe darin, mit allen Kräften einer Lösung der staatlichen Bande zwischen Deutschland und Österreich entgegenzuarbeiten. Seine Absicht war, die definitive Entscheidung hinauszuschieben; denn eine abgesonderte Beratung der Verfassungen durfte nach seiner Überzeugung in Deutschland und Österreich nicht stattfinden, da sich nachträglich kaum noch Modifikationen durchsetzen lassen würden. Darum hielt er schon jetzt während der Beratungen Vereinbarungen für nötig [137]), die seine preußisch gesinnten Gegner durch seine Beseitigung zu verhindern suchten.

Aber gleich nach seinem Sturz zum österreichischen Bevollmächtigten bei der deutschen Zentralgewalt ernannt, konnte Schmerling nur um so ungehemmter an die Verwirklichung seiner Pläne gehen, einmal die deutsche und österreichische Verfassungsfrage in Wien persönlich zu behandeln [138]), um in seinem Sinne auf die österreichischen Minister einzuwirken, und dann gleichzeitig eine möglichst bestimmte Erklärung der Regierung über ihre Absichten herbeizuführen. Er nahm eine Denkschrift Würths

---

[135]) Arneth: Schmerling, S. 244 f.
[136]) Jürgens: I, S. 392 ff. Anm.
[137]) Arneth: a. a. O., S. 261.
[138]) Arneth: a. a. O., S. 272.

mit nach Wien, worin die Mittel erörtert waren, mit denen Österreich die Vorherrschaft in Deutschland behaupten könne[139]). An erster Stelle stand da die Mahnung, der Kaiserstaat dürfe sich den Einheits- und Freiheitswünschen des deutschen Volkes nicht entgegenstellen. Denn unerschütterlich war die Überzeugung Schmerlings und seiner Freunde, daß die Wünsche der Nation befriedigt werden müßten. Um auf Schwarzenberg einzuwirken, sprach Würth in seinem Memorandum sodann von der Gefahr, die eine Hegemonie Preußens in Deutschland für Österreich bedeuten würde; und als Mittel, ihr zu begegnen, empfahl er die Betreibung der noch rückständigen Wahlen nach Frankfurt und eine bestimmte Erklärung des Kabinetts, daß die Worte des Kremsierer Programms nicht als eine Absage an den deutschen Bundesstaat aufzufassen seien.

Schmerlings Einwirkung auf Schwarzenberg ist wahrscheinlich nicht so groß gewesen, wie der selbstbewußte Mann nachher geglaubt hat. Befanden sich auch die österreichischen Minister in unerfreulicher Unklarheit über ihre künftige deutsche Politik[140]), so brauchte doch ein Mann, wie der Ministerpräsident, nicht erst davon überzeugt zu werden, daß man den österreichischen Einfluß in Deutschland nicht ohne Not preisgeben dürfe. Wenn es Schmerlings Absicht war, den Fürsten Schwarzenberg davon zu überzeugen, daß seine Worte in Kremsier mißdeutet werden konnten, und daß darum eine autoritative Auslegung nötig sei, um die Anhänger Österreichs in Deutschland zu stärken, so hatte er allerdings vollen Erfolg zu verzeichnen. Daß Schwarzenberg nicht gemeint war, freiwillig aus dem Bunde zu weichen, zeigte seine Note vom 27. Dezember an die Zentralgewalt in Frankfurt, die für den Kaiserstaat die erste Stelle in Deutschland beanspruchte.

Zwar ahnte Schmerling nicht, daß er und seine Landsleute nur als vorläufige Werkzeuge ihrer Regierung benutzt werden sollten, und daß Schwarzenberg „das Parlament zu allen Teufeln wünschte". Aber er hatte, auch ohne eine bestimmte Äußerung über die deutsche und österreichische Politik erlangt zu haben, doch wenigstens erreicht, daß die Anhänger Großdeutschlands in Frankfurt wieder Mut schöpfen konnten.

---

[139]) Friedjung: a. a. O. I, S. 170.
[140]) Friedjung: a. a. O. I, S. 170.

Das Schweigen des Wiener Kabinetts aber war für die österreichischen Abgeordneten um so peinlicher, als seit dem Sturze Schmerlings die deutsche Frage in ein neues Stadium getreten war.

In dem Programm des neuen Ministerpräsidenten Heinrich v. Gagern wurde Österreich — auf Grundlage der Erklärungen Schwarzenbergs in Kremsier — „als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend" betrachtet, die Feststellung der Beziehungen Österreichs zu Deutschland einer besonderen Unionsakte vorbehalten und schließlich noch im Gegensatz zu Schmerlings Absichten besonders betont, daß die Verfassung des deutschen Bundesstaates nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Österreich sein könne[141]). Dies Programm war das Signal zu einer ganz neuen Gruppierung der Parteien. Jetzt galt es, mit allen Kräften gegen die von den Kleindeutschen beabsichtigte Hinausstoßung Österreichs aus Deutschland zu streiten.

Die meisten österreichischen Abgeordneten traten aus ihren bisherigen Parteiklubs aus, versammelten sich regelmäßig unter Schmerlings Vorsitz im Hotel Schröder und folgten unbedingt den Weisungen dieses Führers[142]). Weit entfernt aber waren sie bei ihrem Kampf gegen den zentralisierten Bundesstaat der Kleindeutschen von dem Gedanken, den alten Staatenbund einfach zu erneuern: „Bekennen wir uns nicht zum Bundesstaat", schrieb Schmerling an Schwarzenberg, „so führen wir selbst die Freunde der Einheit Preußen zu"[143]). Und immer wieder drang er in ihn, sich rasch zu erklären und wenigstens bis zu einem gewissen Punkt auf die Frankfurter Verfassung einzugehen, vor allem auf eine wirkliche Volksvertretung durch ein Volkshaus; wenn auch erst einmal versuchsweise[144]). Denn bei der großen Macht der Nationalversammlung in der öffentlichen Meinung war er überzeugt, daß kein neues Verfassungsprojekt für Deutschland möglich sei, sondern daß man auf der einmal gegebenen Grundlage weiter bauen müsse[145]).

---

[141]) Sten. Ber. 4233 f.

[142]) Biedermann: S. 62.

[143]) Arneth: a. a. O., S. 305.

[144]) Jürgens: II, 2, S. 35.

[145]) Jürgens: II, 1, S. 121.

Und mit ihm blieben die Österreicher in ihrer großen Mehrheit bis zuletzt unverrückt ihrer Überzeugung treu, daß eine bloße Reform der Bundesverfassung ungenügend und ein Bundesstaat notwendig und noch immer möglich sei; weniger werde nirgends befriedigen. „Wenn nicht Österreichs", sagten sie, „so heischt des übrigen Deutschlands Bedürfnis den Bundesstaat." Österreich könne die Sache nicht nach seinem eigenen Interesse allein entscheiden wollen; ihre Regierung verkenne die wirklichen Bedürfnisse Deutschlands [146]). Sie alle sahen, wie ein Abgeordneter aus Frankfurt schrieb, ihre Aufgabe darin, auch die letzten Mittel nicht unversucht zu lassen, um für Österreich den Eintritt in den deutschen Staatenverband möglich zu machen [147]).

Ihre natürlichen Bundesgenossen gegen die Kleindeutschen waren einmal die Demokraten, die eine Teilung der Nation um keinen Preis zulassen wollten; sodann die Klerikalen, die, durch das Beispiel Frankreichs nach der großen Revolution belehrt, bei einer übermäßigen Zentralisation für die Unabhängigkeit der Kirche fürchteten, unter dem preußischen System keine Gewähr für die Freiheit der religiösen Interessen und die Reinerhaltung der Schulen sahen und vor allem nicht durch das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland das Gleichgewicht der Konfessionen gestört wissen wollten [148]). Eng zusammen mit diesen Gedanken hängen die der „Epigonen der Romantik" [149]), die den festen Glauben hegten, daß nur die Bewahrung der territorialen Größe des alten Reiches die ersehnte Wiederherstellung seines Glanzes verbürge.

Eine weitere Gruppe der Großdeutschen endlich umfaßte alle jene Angehörigen der deutschen Mittelstaaten, meist Partikularisten genannt, die in dem Glauben, daß ein Bundesstaat mit nur einer Großmacht unfehlbar zur Mediatisierung der Einzelstaaten führen müsse, alles an die Erhaltung der notwendigen „Balance", das Verbleiben Österreichs in Deutschland setzten [150]).

---

[146]) Jürgens: II, 2, S. 56.

[147]) Ostdeutsche Post, 22. März 1849: Von einem österreichischen Abgeordneten, Frankfurt, 17. März.

[148]) Reichensperger: Sten. Ber. 4739.

[149]) Schnabel: a. a. O., S. 103 und 110.

[150]) Vgl. Januar-Debatten in der Paulskirche. Reden von Reichensperger, Wydenbrugk, Sepp, Welcker usw.

Um die Interessengemeinschaft dieser vier Gruppen bei ihrem parlamentarischen Kampfe gegen Gagern und das preußische Oberhaupt wirksam werden zu lassen, bedurfte es keiner festen Verabredungen zur Bildung einer „Koalition". Praktisch wirksam wurde ihre Politik, als das Parlament daran ging, den Vorschlag des neuen Ministerpräsidenten zu beraten. Nach langen Kämpfen ward endlich ein besonderer Ausschuß zur Prüfung eingesetzt, in dem die Großdeutschen die Majorität hatten, und der die Nationalversammlung ersuchte, „die Zentralgewalt zu beauftragen, über das Verhältnis der zum früheren deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Österreichs zu dem deutschen Bundesstaate zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Verhandlung zu treten" [151]).

Noch deutlicher zeigte der Antrag Würths und Edels, worauf die österreichisch-großdeutsche Gruppe zielte, „das Reichsministerium werde ermächtigt, mit der österreichischen Regierung zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche der Durchführung der deutschen Reichsverfassung in den deutsch-österreichischen Ländern entgegenstehen könnten, und zur Anbahnung einer Union der außerdeutschen Provinzen Österreichs mit ganz Deutschland in Verhandlungen zu treten" [152]). Es wurde also im schärfsten Gegensatz zu Gagerns Anschauung Deutsch-Österreich als in den deutschen Bundesstaat bereits aufgenommen angesehen, und nur über das Verhältnis zu den nichtdeutschen Provinzen wurden Verhandlungen gefordert.

Dem Schmerz der Österreicher bei dem Gedanken, die alte staatliche Verbindung ihrer Heimat mit Deutschland verlieren zu sollen, hatte Giskra schon am 30. November Ausdruck gegeben, als er klagte: „dahin ist es gekommen, daß Länder, welche tausend Jahre bei Deutschland stehen, durch sechs Jahrhunderte dem Reich das Haupt gegeben, nun bei der Einigung von Deutschland in Frage stehen, daß die Alpen, daß die Donau, daß die deutschen Berge, die deutschen Ströme vielleicht auf lange Zeit hin nicht mehr zu Deutschland gehören, daß acht Millionen der herrlichsten Söhne Germanias . . . . nicht an ihrer Mutter Busen ruhen,

---

[151]) Sten. Ber. 4544.

[152]) Sten. Ber. 4555, unterzeichnet: Fritsch, Sommaruga, J. und K. v. Kürsinger, Pieringer, Lienbacher, Riegler, Quesar und Streffleur.

daß sie von Deutschland ferngehalten, von Deutschland weggerissen werden“ [153]). Ein Verbrechen nannte Moritz Hartmann es zornig, auf den Antrag des neuen Ministerpräsidenten auch nur mit drei Worten einzugehen; „wir Österreicher sind nicht gekommen als verlorene Söhne, um Eingang in das Vaterhaus zu betteln. Wir sind hier zu Hause und haben ein Recht, hier zu sein, wie alle anderen Deutschen“ [154]).

Das war auch auf österreichischer und großdeutscher Seite der Grundton in den Debatten, die seit dem 11. Januar 1849 über das Gagernsche Programm und die Oberhauptsfrage geführt wurden.

„Gegen jeden Beschluß der Nationalversammlung, wodurch Deutsch-Österreich von dem deutschen Bundesstaate ausgeschlossen würde“, legten am 15. Januar 1849 österreichische Abgeordnete feierlich Protest ein, indem sie erklärten, „daß kein Beschluß der deutschen Nationalversammlung sie vermögen kann, aus Deutschland auszuscheiden, daß sie auf ihrem, durch das deutsche Volk ihnen angewiesenen Platz beharren und ihn nur entweder im Auftrag ihrer Wähler räumen oder der offenen Gewalt weichen werden; sie erklären endlich, daß sie die Kompetenz der deutschen Nationalversammlung zu einer Teilung Deutschlands nie und nimmer anerkennen und gegen jede solche Teilung gleichfalls Protest einlegen“ [155]). Und noch einmal erklärten später 67 Abgeordnete aller Parteien von Berger bis Möring und Sommaruga, „daß sie ihre Aufgabe und ihre Pflicht als Vertreter des Volkes nur in der Begründung der deutschen Einheit und Freiheit in einem ganz Deutschland umfassenden Bundesstaate erkennen“ [156]).

[153]) Giskra: Sten. Ber. 3681.

[154]) Hartmann: Sten. Ber. 4236.

[155]) Sten. Ber. 4663: Reitter, Hedrich, Raus, Gritzner, Demel, Berger, Mayfeld, Riehl, Strache, Möring, Melly, Neugebauer, Pattai, Stark, Archer, Huber, Hartmann, Jopp, Wiesner, Rank, Bauernschmid, Kudlich, Wagner, Rapp, Prinzinger, Werner, Unterrichter, Tomaschek, Laschan, Schiedermayr, Kotschy, Kagerbauer, Fügerl, Fritsch, Makowicka, Pieringer, 2 Kürsinger, Kollatschek, Kohlparzer, Weiß, Reindl, Achleitner, Pollatzek, Benedikt, Göbel, Mally, Weber, Fingler, Heußner, Lausch, Stülz, Trampusch, Bergmüller, Reisinger, Lienbacher, Löschnigg, Schmidt, Renger.

[156]) Sten. Ber. 5217.

Zu der Angst und Besorgnis, Deutschland zu verlieren und den Slawen überliefert zu werden, zu den Aufregungen und dem Schwanken zwischen Furcht und Hoffnung, womit sie Schwarzenbergs Politik verfolgten, kam noch die gewaltige Last des Hasses, den sich die österreichischen Abgeordneten vonseiten aller überzeugten Kleindeutschen zuzogen. Galten doch sie allein als das Hindernis für die endgültige Konstituierung Deutschlands, als die grimmigsten Feinde der Nation, die sie angeblich wieder in das Elend des Bundestages hinabstoßen wollten. Die Parteiwut war zu groß geworden, als daß ihre Beteuerungen nationaler Gesinnung hätten Eindruck machen können. „Ich wünsche mehr als irgend jemand in diesem Hause", versicherte Schmerling, „daß Deutschland kräftig und einig sich formen möge. Ich glaube allerdings, und das bekenne ich offen, es wäre für Deutschland eine bei weitem leichtere Aufgabe, diese Gestaltung zu gewinnen, wenn Österreich nicht ein Bestandteil Deutschlands wäre .... aber ..... Sie müssen die Macht der Verhältnisse und der Tatsachen anerkennen" [157]).

„Wenn nur Ungehorsam gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zur Ausschließung aus Deutschland führe", sagte Würth, „müsse auch Preußen ausgeschlossen werden." Preußen, von dem seine Frankfurter Anhänger im Spätherbst 1848 vergebens verlangt hatten, es solle seinen allgemeinen Landtag aufgeben, seine Provinzen zum Reichsland machen und wirklich „in Deutschland aufgehen". Nur dann könne seine Dynastie das Geschenk der Kaiserkrone empfangen; schien doch ein Bundesstaat mit einer starken, in sich gefestigten Großmacht unmöglich zu sein, ohne die Unabhängigkeit der kleineren Staaten zu bedrohen.

Das Ereignis vom 5. Dezember 1848, die Oktroyierung einer einheitlichen preußischen Verfassung, lag den Freunden des Hauses Hohenzollern noch schwer auf der Seele, als jetzt Würth am 13. Januar 1849 seinen schmerzlichen Stoß gegen das preußische Kaisertum führte: „Glauben Sie wirklich, daß die preußische Regierung die Forderung erfüllen werde, die selbst nach der Ansicht des Herrn Ministerpräsidenten an dieselbe gestellt

---

[157]) Schmerling: Sten. Ber. 4583.

werden muß, wenn ihm die erbliche Kaiserwürde übertragen werden soll . . . daß die preußische Nationalversammlung gar bald zu den Undenkbarkeiten gehören werde? Nach dem bisherigen Verhalten Preußens glaube ich nun und nimmermehr daran, und doch ist dieses, meine Herren, ein Hauptmotiv derjenigen, welche Österreich aus dem deutschen Bundesstaate ausgeschieden wissen wollen, um Preußen an dessen Stelle zu setzen" [158]). „Auch wir Österreicher wollen", so beteuerte er, „wie Herr v. Gagern, daß die Gesamtinteressen der deutschen Nation von einer Gesamtregierung mit Volksvertretung, mit Aufrechterhaltung der einzelnen Staaten, soweit sie damit verträglich ist, verwaltet werden. Auch wir wollen das Zustandekommen eines unabhängigen, starken und einheitlich regierten, kurz dem Willen der deutschen Nation entsprechenden Bundesstaates. Wir sehen jedoch in dem Eintreten der deutsch-österreichischen Provinzen in diesen deutschen Bundesstaat kein Hindernis seiner Existenz, weil wir glauben, daß die deutschen und die österreichischen Interessen im wesentlichen dieselben sind" [159]).

Wie die Österreicher sich eine deutsche Verfassung dachten, die die Zugehörigkeit der deutsch-österreichischen Länder gleichzeitig zum deutschen und zum österreichischen Bundesstaat gestattete, erklärte am ausführlichsten Giskra in seiner großen Rede vom 13. Januar. Daß die Wiener Regierung die Hauptbedingung aller großdeutschen Politik, die Verleihung einer Föderativverfassung für die Monarchie, erfüllen werde, stellte er zunächst als gewiß hin. „In der unausweichlichen Notwendigkeit liegt es, daß in einem freien Österreich das Föderativprinzip in seinen Teilen zur Wahrheit werde, und mit dem Föderativprinzip ist die Einfügung Deutsch-Österreichs in Deutschland vollkommen vereinbar" [160]).

Da jetzt an die Auflösung der Monarchie nicht mehr zu denken ist, wäre es das beste, Gesamt-Österreich träte in den Deutschen Bund. Da das aber dem nationalen Prinzip widerspricht, kann das Programm vorläufig nur heißen: Deutsch-Österreich im Bundesstaat und die anderen Länder in einem Staaten-

[158]) Würth: Sten. Ber. 4614.
[159]) Würth: Sten. Ber. 4611.
[160]) Giskra: Sten. Ber. 4656.

bund zum ganzen Deutschland. „Die deutschen Provinzen, verfassungs- und traktatenmäßig im Bundesstaate, verfolgen in ihrem inneren Leben ihre Landeszwecke wie jeder andere deutsche Staat. In Bundessachen unterstehen sie der Zentralgewalt, wie jeder andere Staat, und die hieraus hervorgehenden Verbindlichkeiten sind grundsätzlich festzuhalten. Die anderen Länder verfolgen im inneren Staatsleben ihre Zwecke und sind nur gegenüber den deutschen Provinzen durch den Inhalt der Unionsakte gebunden. Die Hauptpunkte einer solchen Unionsakte sind natürlich die gleiche Regentenfolge, die volle Territorialgarantie im Schutz- und Trutzbündnisse, gleiche Heeresverfassung, die Zolleinigung, die Freizügigkeit und so fort mit der Tendenz einer endlichen vollen Vereinigung“ [161]).

Daß an die Spitze eines so gearteten deutschen Bundesstaates nicht ein einzelner Fürst, sondern nur eine kollegiale Reichsregierung treten konnte, war selbstverständlich. Denn niemals hätten sich die Häuser Habsburg und Hohenzollern einander für die Dauer unterworfen.

So mußten sich die Bemühungen der Österreicher, die den Gedanken eines habsburgischen Kaisertums als unmöglich aufgegeben hatten, und ihrer großdeutschen Freunde darauf richten, den § 1 des Artikels vom Reichsoberhaupt, der diese Würde einem regierenden deutschen Fürsten übertragen wollte, durch einen anderen zu ersetzen. Und indem sie für den Eintritt Österreichs in den deutschen Bundesstaat kämpften, suchten sie auf diese Weise gleichzeitig dem drohenden preußischen Kaisertum den tödlichen Streich zu versetzen.

Wie weit die österreichischen Abgeordneten trotz aller Vorwürfe der Kleindeutschen von ihrem Standpunkt aus dem Begriff des Bundesstaats entgegenkommen wollten, zeigt am besten unter den vielen Vorschlägen der Antrag Schreiners und Sommarugas. Anstelle des § 1 des Artikels vom Reichsoberhaupt verlangten sie folgende direktoriale Reichsregierung, die Perthaler in einer Streitschrift als die Grundbedingung aller weiteren Entwicklung bezeichnete [162]). „An der Spitze des deutschen Reiches steht ein Reichsdirektorium von fünf Gliedern, deren eines der

[161]) Giskra: Sten. Ber. 4661.

[162]) Perthaler: Das Erb-Kaisertum Klein-Deutschland, S. 30 f.

Kaiser von Österreich, das zweite der König von Preußen, das dritte der König von Bayern ernennt. Das Ernennungsrecht des vierten Mitgliedes steht den Königen von Hannover, Sachsen und Württemberg und dem Großherzog von Baden zu. Das fünfte Glied wird von den übrigen regierenden Fürsten und den vier freien Städten ernannt.

Der Vorsitz im Reichsdirektorium wechselt zwischen Österreich und Preußen alle zwei Jahre. Die Beschlüsse des Reichsdirektoriums werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten. Weder die Abwesenheit eines Mitgliedes, noch die Berufung auf den Mangel an Instruktion verhindert die Beschlußfassung. Das Direktorium ist für seine Regierungshandlungen unverantwortlich und übt die Regierungsrechte durch verantwortliche Minister aus“ [163]).

Um denjenigen, die eine möglichst einheitliche Vollziehungsgewalt wünschten, noch größere Konzessionen zu machen [164]), stellte dann der nach Schmerlings Sturz neugebildete Parteiklub, der Pariser Hof, dem viele und einflußreiche Österreicher angehörten, den Antrag, es solle der an die Spitze des Reichsdirektoriums zu stellende Reichsvorstand [165]) auch die Reichsgesetze vollziehen und die Reichsbeamten ernennen [166]).

Aus den Beratungen über diese und ähnliche Vorschläge auf Änderung der Verfassungsbestimmungen vor der zweiten Lesung, die Schmerling mit Würth, Sommaruga, Arneth, Möring und Weiß pflog [167]), ging dann die Denkschrift über die Stellung Österreichs in Deutschland hervor, die ihr Verfasser Würth selbst der österreichischen Regierung Ende Januar überreichte [168]).

Dies Memorandum, datiert vom 22. Januar 1849, kann als die Kodifikation der politischen Ansichten und Ziele angesehen werden, von denen sich die gemäßigten Österreicher in Frankfurt leiten ließen, und läßt trotz ihrer unleugbaren Phantastik [169]) er-

---

[163]) Sten. Ber. 4675.
[164]) Jürgens: II, 1, S. 354.
[165]) Antrag Rotenhan: Sten. Ber. 4689.
[166]) Sten. Ber. 4794.
[167]) Jürgens: II, 2, S. 37.
[168]) Die Denkschrift bei Jürgens II, 2, S. 616 ff.
[169]) Friedjung: I, S. 191.

kennen, wie sie sich die anzustrebende Gestaltung Mitteleuropas dachten.

Natürlich war die Denkschrift voller Konzessionen an den Geist des österreichischen Ministeriums. Die Hervorhebung der politischen, gegen Preußen gerichteten Gründe und der Möglichkeit, dem Erzhaus die deutsche Kaiserkrone zu gewinnen, war auf Schwarzenbergs österreichischen Machtwillen berechnet. Sieht man davon ab, so bleibt als Kern der Ausführungen folgendes nationalpolitische Programm, das die Integrität der österreichischen Monarchie mit dem sämtliche deutsche Länder umfassenden Bundesstaate versöhnen wollte.

Da die in der ersten Lesung beschlossene Verfassung in ihren Grundzügen — Verwaltung der Gesamtinteressen der Nation durch eine Gesamtregierung mit Volksvertretung, möglichste Einheitlichkeit im Kriegswesen, in der Handels- und Zollgesetzgebung und in der auswärtigen Politik — bereits als feststehend anzusehen ist, bleibt also, um den Realverband sämtlicher österreichischer Länder zu ermöglichen, nur noch die Abänderung der §§ 2 und 3 übrig. Dabei ist die Hauptsache, daß der staatliche Verband Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Bundesstaat aufrecht erhalten werde. Denn „alle bloß völkerrechtlichen Verbindungen Österreichs mit dem übrigen, in sich geeinigten Deutschland, sind nichts als Täuschungen; sie alle vermögen weder Österreich seinen bisherigen Einfluß zu sichern, noch überhaupt ein dauerhaftes Verhältnis herzustellen". Dieser notwendige Eintritt der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat ist aber an eine ebenso notwendige Bedingung geknüpft: es muß gleichzeitig das so geeinte ganze Deutschland mit den außerdeutschen Ländern Österreichs eine möglichst innige politische und kommerzielle Union eingehen, deren Inhalt bestehen soll in der Garantie der Integrität beider Ländergebiete gegen jeden Angriff von außen, Gewährung gegenseitiger Freizügigkeit und gleichen Niederlassungsrechtes, nebst gemeinschaftlicher Zoll- und Handelspolitik. An der Spitze dieser mitteleuropäischen Gesamtmacht steht eine Unionsbehörde, „die der Natur der Sache nach nur in Wien ihren Sitz haben könnte"; dieser bleiben, um die Schwierigkeiten in Kriegs- und Friedensfragen zu beseitigen, vor allem die Angelegenheiten der auswärtigen Politik vorbehalten, und sie

erläßt auch immer gleichlautende Instruktionen an die Reichs- und österreichischen Gesandten, wo dieselben allenfalls noch gesondert bleiben. Sache der Unionsbehörde ist auch die Herstellung der Zolltarifgesetze, mit Zuziehung von Ausschüssen aus dem deutschen Parlament und dem gesetzgebenden Körper der außerdeutschen Länder Österreichs.

Auf diese Weise also hofften die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt der Verwirklichung ihres nationalen Ideals näher zu kommen; aber so national ihr Plan erdacht, so unpolitisch war er auch. Daß einem Manne wie Schwarzenberg zugemutet wurde, einen Teil des Kaiserstaats einer fremden Souveränität zu überlassen, in einer Zeit, wo in Österreich nach den Zerrüttungen der Revolution alles nach fester Zusammenfassung des langsam erstarkenden Staates drängte, war nicht das Schlimmste. Der Kardinalfehler in dem politischen Kalkül war doch die völlige Nichtachtung des preußischen Staates und seiner Ansprüche in Deutschland, die einfach als quantité negligeable behandelt wurden. Man glaubt hier den gleichen Geist der Selbstüberschätzung und der falschen Abwägung der entgegenstehender Kräfte walten zu sehen, der in späteren Tagen zum Frankfurter Fürstentag, zur Katastrophe von Königgrätz und im Innern zur Erhöhung der Magyaren führte.

Als Würth niedergeschlagen von seiner ergebnislosen Reise zurückkehrte, und als Schwarzenberg sich in der Note vom 9. Februar geweigert hatte, auf die Vorschläge der deutschen Nationalversammlung einzugehen, trat der Gedanke wieder näher, überhaupt das Parlament zu verlassen, wozu Würth dringend riet[170]). Nur Arneth stimmte der Mahnung bei, die Bildung des engeren deutschen Bundesstaates nicht länger zu stören. Die große Mehrheit der Österreicher jedoch beschloß, sie hätten zu bleiben, ihr Mandat erheische die Erfüllung dieser Pflicht, ein Austritt sei unehrenhafter Kleinmut[171]).

Und noch einmal sollte Schmerlings Hoffnung auf ein gutes Gelingen wieder aufflackern. Aus der Notwendigkeit, die erschütterte großdeutsche Phalanx im Parlament wieder zu sammeln und vielleicht zum Siege zu führen, entsprang die Versammlung

---

[170]) Biedermann: S. 83.

[171]) Biedermann: a. a. O. Jürgens: II, 2, S. 51 f.

der Großdeutschen im Hotel Schröder am 11. Februar, die durch die vermittelnde Tätigkeit Sommarugas, Heckschers und Welckers zustande kam[172]) und zur Einsetzung eines großdeutschen Verfassungsausschusses führte, in dem Würth, Sommaruga, Giskra, Ahrens, Wydenbrugk, Wuttke, Edel, Hermann und Reichensperger saßen.

Mit diesem Versuch, den Gegnern ein positives Projekt entgegenzustellen, das auf der bisher beschlossenen Reichsverfassung basierte, erreichte die großdeutsche Politik ihren höchsten Gipfel und ihren klassischen Ausdruck[173]).

Die Reichsregierung sollte danach, im Gegensatz zu den uns bekannten Anträgen, aus sieben Mitgliedern bestehen, deren je eines der Kaiser von Österreich, der König von Preußen und der König von Bayern zu ernennen hat; die übrigen vier aber sollen von den anderen deutschen Staaten gewählt werden. An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter, dessen Würde von drei zu drei Jahren zwischen dem Kaiser von Österreich und dem König von Preußen wechselt. Ausgestattet ist er mit den weitgehendsten Befugnissen einer einheitlichen Exekutivgewalt nach dem Antrag des Pariser Hofes.

Natürlich fehlt bei dem kollegialen Reichsregiment, in dem Österreich und Preußen bei den Abstimmungen je zwei Stimmen führen, das in der ersten Lesung vorgesehene Institut des Reichsrates, der als eine Konzession an die Regierungen gedacht war. Er konnte entbehrt werden, weil ja jetzt die Gesamtheit der Souveräne an der Reichsregierung wenigstens indirekt beteiligt war, also nicht mehr eine eigene Vertretung als beratendes Kollegium benötigte.

Diesen Entwurf sandte Schmerling sofort an Schwarzenberg und war so hoffnungsfreudig, daß er noch die Möglichkeit eines Erfolges bejahte, als die großdeutsche Parteikommission, Hermann, Heckscher und Sommaruga, noch Olmütz reisten, um einen letzten Versuch nicht zu unterlassen, die österreichischen Minister für ihre Pläne zu gewinnen[174]). Diese aber, mit dem Aufbau Groß-Österreichs beschäftigt, mußten sich einem Groß-Deutschland ver-

---

[172]) Jürgens: II, 2. S. 52 ff.
[173]) Jürgens: II, 2, S. 628 ff.
[174]) Jürgens: II, 2, S. 62.

sagen. Am 4. März 1849 wurde jene österreichische Verfassung oktroyiert, durch die nicht der erhoffte Föderativstaat, sondern der straff zentralisierte Einheitsstaat begründet wurde.

Wie ein Donnerschlag wirkte diese Kunde auf die Anhänger Österreichs in Frankfurt; kein Zweifel, daß die großdeutsche Eiche in der Wurzel getroffen war. Schmerling, durch diese Haltung seiner Regierung gänzlich desavouiert, gab seine Entlassung als österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Zentralgewalt; er hielt das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaates für ein Gebot der Notwendigkeit und wollte sich nimmermehr dazu hergeben, gegen seine Überzeugung zu wirken [175]).

Was dann folgte, der Antrag Welckers, bisher eines der eifrigsten Großdeutschen, nunmehr dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone zu übertragen, der Beschluß der Österreicher, trotz allem in der Paulskirche auszuharren, neue Vorschläge, Anträge und Abstimmungen, zum guten Teil darauf gerichtet, das preußische Kaisertum zu vereiteln, die leidenschaftlichen und erbitterten Kämpfe bei der zweiten Lesung der Verfassung, alles das waren schon Niedergangs- und Zersetzungserscheinungen, nicht nur der Großdeutschen, denen trotz aller beschwichtigenden Erklärungen Österreichs jetzt eigentlich das Rückgrat gebrochen war, sondern des ganzen deutschen Parlaments. Nach einer traurigen Zeit des Abwartens, die die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser brachte, mußte Schmerling dann noch, provisorisch in seiner Stellung belassen, in einer Versammlung der Großdeutschen, die ihm zugefertigte ministerielle Aufforderung zum Austritt verlesen, „sichtbar ergriffen von der hohen Bedeutung und den gewaltigen Folgen eines Ausscheidens der Österreicher aus der Paulskirche“ [176]).

Mit ähnlichen Empfindungen nahmen auch die übrigen österreichischen Abgeordneten Abschied von der Nation. Noch einmal rechtfertigte Giskra seine Abstimmung für den deutschen Bundesstaat „im Vollgefühl eines Deutschen, der stolz darauf ist, ein Deutscher zu sein“ [177]). Und Makowiczka bewies durch die Tat seine nationale Gesinnung, als er mit Rößler, Schneider

[175]) Arneth: Schmerling: S. 314 ff.
[176]) Allgemeine Zeitung, 18. April 1849.
[177]) Giskra: Sten. Ber. 4660.

und Reitter für die erbliche Kaiserwürde und damit für die Erhöhung Preußens stimmte. Sahen sie doch die Schöpfung eines deutschen Staates für das höchste politische Gut an, dem sie die Interessen ihrer Heimat nachstellten [178]).

Unverkennbar unter dem Schatten eines drohenden Schicksals sprach noch einmal Camillo Wagner zum Parlament: „Lassen Sie aber eine Lücke für uns (im Bau der Verfassung), daß wir immer hereinkönnen — wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle, wir Deutschen kommen, wie und wann, wer kann es sagen? Wir kommen aber." „Wir sind in eine neue Phase, in eine neue Epoche getreten, das ist kein Zweifel . . . . . wir sind heruntergestimmt in Glauben, Hoffen und Lieben" [179]). Diese verdüsterte, halbverzweifelte Stimmung, brachte Moritz Hartmann in seiner „Reimchronik des Pfaffen Mauritius" in Versen zum Ausdruck, in denen die ganze Tragik der Deutsch-Österreicher gezeichnet war, die sie, als die Opfer der deutschen Einheit, einem ungewissen Schicksal entgegengehend, an sich erfahren sollten;

„Nun aber, wie steht's im deutschen Land?
Das ist der Dinge einfacher Stand:
Die Fürsten oktroyieren und belagern
Im Jahre eintausendachthundert und Gagern

Der Gagern ist ein Staatsmann, ein weiser,
Er schwärmt für einen märkischen Kaiser,
Und um seinem lieben Wilhelm von Preußen
Die Krone Karls des Großen zu kaufen,
Läßt er mit Schätzen die Donau laufen
Ins Haus dem Kaiser aller Reußen,
Verkauft er neun Millionen Deutsche
Der slawischen Peitsche" [180]).

Als der letzte österreichische Redner im Parlament, legte Berger am 20. März 1849 noch einmal den Standpunkt seiner Landsleute in einer großen Rede dar.

Die oktroyierte Verfassung kann nicht das letzte Wort Österreichs in der deutschen Frage sein. Der Sinn des Mandats der

---

[178]) Friedjung: Geschichte Österreichs I, S. 197.
[179]) Wagner: Sten. Ber. 4573.
[180]) Reimchronik, S. 4f.

deutschen Wähler war nicht, einen stark zentralisierten Bundesstaat zu schaffen, sondern „ganz Deutschland in einen starken Verband zu bringen". „Wenn Sie Ihr Kleindeutschland abschließen, dann halte ich das Öffnen der Pforten, den ganzen sentimentalen Trauergesang, den Sie dem Ausziehen der Österreicher aus diesen Pforten nachschicken, für nichts als banale Phrasen. Sie werden sich Deutsch-Österreich nicht erobern; ist einmal Deutschland preußisch geworden — und das ist der Sinn des Ganzen, — dann werden auch die Sympathien der Deutsch-Österreicher erlöschen, denn die Österreicher wollen deutsch, aber nicht preußisch werden, und die Pforten, die Sie mit dem goldenen Kronengriffe schließen, die werden wir nimmer eröffnen. Wenn .... Sie vorschnell Ihr Kleindeutschland abschließen", rief er unter dem stürmischen Beifall der Linken, „und Ihren preußischen Kaiser machen, dann verraten Sie die deutsche Einheit, die deutsche Freiheit, die deutsche Zukunft" [181]).

Angesichts dieser Aussichten wird man es den österreichischen Abgeordneten nicht verargen können, daß sie auch die letzten Mittel daran setzten, das preußische Kaisertum und damit die Bildung Kleindeutschlands zu verhindern. Mag auch ihre Politik in ihren Zielen unmöglich und verhängnisvoll gewesen sein, sie glaubten nicht anders, als damit dem Gebot ihrer nationalen Pflicht zu gehorchen. Zu hart ist das Urteil, das Zwiedineck über ihr Wirken in Frankfurt mit folgenden Worten fällt: „Die Verantwortung dafür, daß Deutsch-Österreich bei der endlichen Lösung der deutschen Frage von den übrigen deutschen Stämmen staatsrechtlich ganz und gar getrennt, daß es selbst um die spärliche Verbindung mit den übrigen Stämmen gebracht wurde, die ihm Metternich zugedacht hatte, fällt auf die Häupter jener Männer zurück, die in einem deutschen Parlamente saßen und es mißbraucht haben" [182]).

Dieser Vorwurf wäre nur dann berechtigt, hätten wirklich sämtliche österreichischen Abgeordneten unbeugsam bei dem großdeutschen Programm verharrt, und hätte keiner von ihnen eine andere Lösung der deutschen Frage ins Auge gefaßt. Diese andere Lösung aber konnte nur die Ausführung des Gedankens

[181]) Berger: Sten. Ber. 5887.
[182]) Zwiedineck: Deutsche Geschichte II, S. 494.

vom engeren und weiteren Bunde sein, der Verbindung des ganzen ungeteilten Österreich mit dem bundesstaatlich geeinten Kleindeutschland unter preußischer Führung. Aufs engste hängt nun dieser Plan vom weiteren Bunde mit der Art zusammen, wie die österreichischen Abgeordneten neben der deutschen ihrer österreichischen Aufgabe gerecht wurden, d. h. der Behauptung der Souveränität und Integrität des Kaiserstaats gegen die Angriffe der Doktrinären und Demokraten.

§ 4. Die Schwarzgelben.

Bei der Lösung des deutschen Verfassungsproblems konnte es sich, „nachdem man in Wien bereits am 25. April 1848 eine österreichische Gesamtstaatsverfassung verkündet, und diese zuletzt am 31. August wieder den Frankfurter Ansprüchen gegenüber aufrecht erhalten hatte, eigentlich nur um die Frage handeln, ob und wie die gesamte habsburgische Monarchie in den neuen Bundesstaat aufgenommen werden könne“ [183]).

Unter denen, die von Anfang an bei der Beurteilung ihrer österreichischen Heimat mit der Tatsache der „historisch gewordenen und festgefügten Staatspersönlichkeit“ rechneten und von ihren Gegnern Stockösterreicher und Schwarzgelbe genannt wurden, stehen als die konsequentesten und bedeutendsten in erster Reihe Egger, Mühlfeld, Andrian und Graf Deym, zu denen seit Februar 1849 noch Moritz v. Kaiserfeld zählte [184]). Das ver-

---

[183]) Wentzcke: Zur Geschichte Heinrichs von Gagern, a. a. O., S. 189.

[184]) Vgl. seinen Brief vom 2. Februar 1849 bei Krones: Moritz von Kaiserfeld, S. 85.

Vielleicht ist es an dieser Stelle gestattet, darauf hinzuweisen, daß doch wohl eine unzweifelhafte Verschiedenheit in den Zielen dieser „Großösterreicher“ und der sog. „Großdeutschen“ unter den österreichischen Abgeordneten besteht.

Im Gegensatz zu der Behandlung der Österreicher in Frankfurt durch Zwiedineck und Friedjung sollen in diesem Kapitel die österreichischen Tendenzen dargestellt werden, die sich in abgestuftem Grade bei Österreichern aller Parteischattierungen finden. „Großösterreicher“ im engeren Sinne werden nur diejenigen Abgeordneten genannt, denen von vornherein die Einheit der österreichischen Monarchie höher stand, als die staatliche Verbindung ihres deutschen Teiles mit dem neuen deutschen Staate.

bindende Element mit Schmerling und seinen großdeutschen Freunden bildeten Beidtel, Sommaruga, Fritsch, Möring und v. Mayern.

Schon im April 1848, als die Wogen der deutschnationalen Begeisterung hoch gingen, wies Egger in einer kleinen Schrift auf die Aufgabe der österreichischen Abgeordneten im kommenden deutschen Parlament zu Frankfurt hin, die Souveränität Österreichs zu wahren. Zunächst zieht er die Möglichkeit in Betracht, daß Deutschland dort in eine Republik oder einheitliche Monarchie mit Aufhebung der einzelnen Souveränitäten umgewandelt werden könne, und meint, in einem solchen Falle würden die österreichischen Deputierten immer noch das volle Recht haben, aus dem konstituierenden Parlament auszutreten, ohne an die Beschlüsse der Majorität gebunden zu sein. Da die deutsche Nationalversammlung keine gesetzgebende, sondern eine vertragschließende sei, so seien die Abgeordneten Österreichs ermächtigt, bei Abschluß des neuen völkerrechtlichen (!) Vertrages im Namen ihres Landes abzuschließen und zu vertragen; „sie sind aber auch berechtigt, falls sich die von der Majorität gewünschte Vertragsart als eine für Österreich vernichtende darstellen sollte (es wird gewiß nicht so kommen), dieselbe als Repräsentanten der österreichischen Staatssouveränität abzulehnen“ [185]).

Zu ganz ähnlichen Forderungen kam Mühlfeld, als er in einer Wählerversammlung zu Wien Anfang Mai sein Programm in der deutschen Frage entwickelte; es gipfelte in dem Satz: kein Opfer Österreichs in bezug auf staatliche Selbständigkeit zugunsten einer deutschen Bundesverfassung [186]). Und, höchstwahrscheinlich durch Eggers eben veröffentlichte Schrift angeregt, forderte er, daß die österreichischen Abgeordneten das Parlament verlassen müßten, wenn sich die Versammlung anmaßen sollte, die künftige Bundesverfassung einseitig zu dekretieren [187]). Denn, wie er später im Verfassungsausschuß besonders betonte, war nach seiner Auffassung der Deutsche Bund durch die Ereignisse des Sommers 1848 weder staats- noch völkerrechtlich

---

[185]) Egger: Deutschlands Wiedergeburt vom österreichischen Standpunkt, S. 19 f.

[186]) Arneth: Aus meinem Leben I, S. 198.

[187]) Arneth: a. a. O., S. 199.

aufgehoben[188]), und er sah keine andere Lösung, als Österreich in der bisherigen Form des Staatenbundes zu Deutschland zu lassen, wolle man nicht die sieben Millionen Deutschen in Österreich zwingen, für das zukünftige Deutsche Reich ihr altes und ruhmreiches Vaterland zu opfern[189]).

Wie eine Entschuldigung gleichsam für diese Forderungen, die ihm so leicht als Mangel an Nationalgefühl ausgelegt werden konnten, klingen seine Worte, daß ihm in der Politik die Empfindung wenig und die Interessen mehr und alles gälten. Hatte doch Deutsch-Österreich nicht nur das historische Recht auf die Vereinigung mit Deutschland, sondern ebenso auch auf seine Verbindung mit den nichtdeutschen Territorien[190]); ein Gedanke, den Sommaruga in seiner Schrift am schärfsten so formulierte: „Niemals kann die deutsche Nationalversammlung mehr Recht haben, Deutschland zu gründen, als die österreichische Volksversammlung, Österreich zu erhalten“[191]).

Und so stellte Mühlfeld denn gemeinsam mit Detmold und Lassaulx am 20. Oktober 1848 einen denkwürdigen Zusatzantrag zu dem § 2 des Verfassungsentwurfs, der zum ersten Male mit aller Deutlichkeit und Schärfe die einzig mögliche Lösung der deutschen Frage der Nation vor Augen führte.

„Insofern die eigentümlichen Verhältnisse Österreichs die Ausführung dieses § 2 und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Macht und Einheit Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden“[192]).

Daß er es dabei nicht auf eine Lösung des tausendjährigen Verbandes zwischen Österreich und dem Mutterland abgesehen, erläuterte er, als er bat, über dem Ausdruck „im Wege des

---

[188]) Droysen: Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung I, S. 328.

[189]) Vgl. seine Äußerungen bei Droysen, a. a. O., S. 325.

[190]) S. Droysen: a. a. O.

[191]) Sommaruga: Österreichs Zukunft und dessen Stellung zu Deutschland, S. 27.

[192]) Sten. Ber. 2770.

völkerrechtlichen Bündnisses" nicht die früheren Worte zu vergessen, die auf den größtmöglichen Anschluß Österreichs an Deutschland hinwiesen. „Ein völkerrechtliches Bündnis kann eine Fülle haben, die das Verhältnis des Staatenbundes dem des Bundesstaates sehr nahe bringt; wir sind weit davon entfernt zu glauben, daß nur ein Schutz- und Trutzbündnis, nur militärische und politische Zwecke, nicht vielmehr auch ökonomische, kommerzielle und nationale Zwecke erreicht werden sollen" [193]).

Es war wahrhaft großdeutsche Politik, was da vorgeschlagen wurde, in größerem Stile als diejenige, um deren Verwirklichung sich Schmerling und seine Genossen bemühten. Denn nicht scharf genug kann der Unterschied zwischen diesem Programm und dem der eigentlichen Großdeutschen, die Radowitz „Totalisten" nannte, hervorgehoben werden. Die Forderung, Deutsch-Österreich unbedingt in den deutschen Bundesstaat einzubeziehen, hätte folgerichtig zum Auseinanderfallen der österreichischen Länder führen müssen [194]), mochten die Großdeutschen auch noch so sehr die Notwendigkeit einer Realunion betonen. Im Gegensatz dazu kamen diejenigen, die Gesamt-Österreich mit dem neuen Reiche vereinigen wollten, dem kleindeutschen Standpunkt begrifflich sehr nahe und wurden deswegen von ihren Landsleuten aufs heftigste angegriffen als Politiker: „die wie Blinde ihre Gegner auf den eignen Schultern tragen" [195]).

Unter den Gesinnungsgenossen Mühlfelds [196]) war der energischste Vorkämpfer für das Lebensrecht der österreichischen

---

[193]) Mühlfeld: Sten. Ber. 2854.

[194]) F. X. Deym: Friedrich Graf Deym und die österreichische Frage in der Paulskirche, S. 10.

[195]) Möring: Entweder — oder, S. 3.

[196]) Eine Erklärung für die scheinbare Inkonsequenz, daß er später nicht das Programm Gagerns unterstützte, das seinem Antrag sachlich so nahe kam, gibt am besten Biedermann, S. 223: „Wie schwer es sein mußte, die eigene bessere Überzeugung und das politische Gerechtigkeitsgefühl nicht unterdrücken zu lassen durch das nationale Bewußtsein des Österreichers und seiner vielhundertjährigen Traditionen von der Herrschaft des Hauses Habsburg, das zeigte sich am deutlichsten an den beiden Abgeordneten Graf Deym und v. Mühlfeld . . . . . auch sie vermochten es nicht über sich zu gewinnen, in die staatsrechtliche Abtrennung Österreichs von Deutschland und die Bildung eines von der österreichischen Suprematie völlig freien deutschen Bundesstaates zu willigen."

Staatsnation Graf Deym, wie er in seinen Schriften schon bewiesen hatte. Seine Aufgabe im Parlament sah er nicht darin, Deutschland zu schwächen und Österreich zu zertrümmern [197]), sondern er ging aus von der felsenfesten Überzeugung, daß die österreichischen Länder in Realunion verbunden bleiben müssten und das übrige Deutschland in einen engeren Bundesstaat zu vereinigen [198]).

Nur unter großer Bewegung der Nationalversammlung konnte Deym in einer Rede seinen besonderen Standpunkt kennzeichnen, der den meisten seiner Landsleute als eine Ketzerei erschien, „wenn Österreich sich heute freiwillig anböte, sich mit seinen deutschen Teilen vollständig anschließen zu wollen, so würde ich es für höchst unklug halten, wenn man dies Anerbieten hier annähme". Der erste Grund ist der, „daß ich denjenigen in meine Gemeinschaft nicht aufnehmen würde, der gegen eine dreihundertjährige Verbindung, welche er mit den Kräften und dem Blute von Millionen beschlossen und besiegelt hat, wortbrüchig geworden ist. Die Ungarn, Galizier, Dalmatier, ja selbst Italiener haben ein Recht darauf, daß Österreich beisammen bleibe, daß es nicht einseitig einen Teil ausscheide, wodurch die Kraft und Integrität des ganzen Reiches zerstört werde, ganz abgesehen von den tausend materiellen Interessen" [199]). So konnte er zu keiner anderen Lösung der deutschen Schwierigkeiten kommen, als zum Plan, ein West- und ein Ost-Reich zu begründen, die in enge Verbindung gebracht werden sollten. Das forderte er noch im Februar 1849 bei der Gründung der großdeutschen Partei, ohne Anklang zu finden [200]).

Das Schicksal, trotz der richtigen Gedanken bei seinen Landsleuten nicht durchdringen zu können, teilte mit ihm der Freiherr v. Andrian. Er hatte schon 1843 in seinem Buche „Österreich

---

[197]) Graf Deym: Sten. Ber. 2882.

[198]) F. X. Deym: a. a. O., S. 32.

[199]) Graf Deym: Sten. Ber. 3738.

[200]) F. X. Deym: a. a. O., S. 65. Jürgens: II, 2, S. 54. Daß er bei diesen Plänen nicht ernstlich an die Schaffung eines Riesenstaates von 70 oder gar 100 Millionen gedacht hat, wovon er einmal sprach, (Sten. Ber. 2882) ist wohl klar. Der taktische Zweck dieser Rede war vielmehr, seinen österreichischen Standpunkt mit dem Großdeutschtum im damaligen eigentlichen Sinne in Einklang zu bringen. (F. X. Deym, S. 27.)

und dessen Zukunft" davon gesprochen, daß es Österreichs nächstes Ziel sein müsse, eine österreichische Nationalität hervorzurufen [201]). Und als einziger konservativer Österreicher behielt er ohne Schwanken und unberührt von parlamentarischen Kniffen und Taktiken seine festbegründete Überzeugung vom engeren und weiteren Bunde bei [202]). Schon im Frühjahr 1848 hatte er sie öffentlich bekundet, da er als einer der Wahlleiter zum Frankfurter Parlament, bei der Teilung der Wähler in bundesstaatliche und staatenbündlerische zur Wahl von gut österreichischen Männern aufforderte [203]). Während der Beratungen im Verfassungsausschuß betonte Andrian, daß die österreichische Monarchie nicht als durch Personalunion sich verbunden fühle, sondern als ein Staat [204]). Und als im Dezember seit dem Rücktritt Schmerlings und der Verkündigung des Kremsierer Programms die deutsche Frage in ein neues, entscheidendes Stadium trat, richtete er von seiner weithin sichtbaren Stelle als deutscher Reichsgesandter in London einen programmatischen Brief an seine Wähler, wohl in der Hoffnung, auf das Frankfurter Parlament einwirken zu können. Mit der österreichischen Politik, hieß es da, vertrage es sich durchaus nicht, daß ein Teil des österreichischen Föderativstaates einem anderen Bundesstaate angehöre, am allerwenigsten aber einem so zentralisierten, wie er jetzt in Frankfurt gebaut werde; „ich hoffe und wünsche es im österreichischen Interesse, daß dieser Bau groß und mächtig zustande komme, denn nur zwischen gleichbedeutenden Staaten kann ein dauerhafter Bund geschlossen werden; ich sehe es aber eben so klar und unzweifelhaft ein, daß Österreich diesem Bau nicht beitreten kann" [205]).

So konnte er, um Österreichs Souveränität zu schonen, keine engeren politischen Bande fordern, als ein zu gleichen Teilen von beiden Staaten gebildetes Direktorium zur Pflege des Bundes und periodisch einberufene Delegationen der deutschen und österreichischen Nationalversammlung.

---

[201]) Andrian: Österreich und dessen Zukunft, S. 162 und 165.
[202]) Biedermann: S. 224.
[203]) Grenzboten 1848, II, S. 226.
[204]) Droysen: a. a. O., S. 84.
[205]) Allgemeine Zeitung, 24. Dezember 1848, Frankfurt, 19. Dezember.

Sehr bedauerlich war es, daß die Österreicher in Frankfurt nur so wenige konsequente Vertreter des österreichischen Gesamtstaatsgedankens, einer einheitlichen österreichischen Staatsnation, in ihren Reihen zählten. Sonst hätten sie mit den Kleindeutschen an dem Ausbau jener weiteren Unionsakte arbeiten können, von der Gagern sprach, und zu welcher der österreichische Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt, Freiherr v. Menßhengen, einen Entwurf wagte, der bereits am 4. Oktober 1848 nach Wien abging [206]).

Gab es doch auch bei den übrigen österreichischen Abgeordneten Beweise genug von einer unbefangenen Anschauung der Bedürfnisse ihrer Heimat und einen echten österreichischen Patriotismus. Zwar lagen dem Interesse am österreichischen Staat auch sehr reale Motive zu Grunde. Sie waren es gewöhnt, die Monarchie als ihr eigenstes Herrschaftsgebiet zu betrachten, in dem sie und ihre Vorfahren als Beamte und Offiziere geherrscht hatten, und das sie ihren Söhnen und Enkeln ungeschmälert zu überliefern hofften.

Aber abgesehen davon war das österreichische Nationalgefühl doch ein ideales Besitztum, an dem alle mehr oder weniger Teil hatten, und das in hervorragendem Maße zeigt, wie wirklich eine gemeinsame politische Geschichte und ein jahrhundertelanges Zusammenleben mit fremden Völkern im gleichen Staatsverbande ein höheres, alle Gegensätze überwölbendes Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühl schaffen können.

Am treffendsten zeichnete Schmerling das Wesen dieses Gefühls für die Staatsnation mit den Worten: „Ich gehöre einem großen Staate an, ich bin ein Österreicher und bin stolz, es zu sein!" „Und weil Österreich eine Geschichte für sich hat, und weil es tausend Erinnerungen hat, die die Brust des Mannes und des Knaben beseelen, wenn er in der Geschichte des österreichischen Staates liest, deshalb rühmt man sich seiner Abstammung" [207]). Und weil ihm neben der Herbeiführung eines staatlichen Verbandes mit Deutschland die Erhaltung der Realunion sämtlicher österreichischer Länder, die Integrität der habs-

---

[206]) Wentzcke: a. a. O., S. 191. Veröffentlicht von Zwiedineck: M. J. Ö. G. XXIV, S. 286 ff.

[207]) Schmerling: Sten. Ber. 4581.

burgischen Monarchie, das höchste und wichtigste im Leben war, wie er seinen Wählern in Wien gestand[208]), konnte er auch nicht für die §§ 2 und 3 vom Reiche stimmen, sondern er und seine Gesinnungsgenossen mußten gleich anfangs versuchen, für Österreich schonende Abänderungen durchzusetzen.

Daß sich dabei Unklarheiten ergaben, ist bei der schwierigen Lage der österreichischen Abgeordneten erklärlich. Das zeigte auch der Zusatzantrag Sommarugas, der dem Grafen Deym sehr nahe stand und sachlich dasselbe bezweckte wie dieser[209]). Zwar ging er nicht so weit, von einer österreichischen Nation zu sprechen, er stellte nur mit Befriedigung fest, „daß das mit jedem Tage und mit jeder Kalamität sich kräftiger entwickelnde Bewußtsein der Völker, daß sie miteinander stehen oder fallen müssen", „in kurzer Zeit zu einem merkwürdigen Gesamtbewußtsein gereift sei"[210]). Bei seinem Antrag jedoch machte er starke Konzessionen an den großdeutschen Standpunkt, den auch er mit dem großösterreichischen versöhnen wollte.

„Die Durchführung der in den §§ 2 und 3 bezeichneten Grundsätze bleibt, was Österreich anbelangt, solchen völkerrechtlichen Vereinbarungen rücksichtlich der nicht zu Deutschland gehörigen Länder vorbehalten, wie sie die Integrität und der Bestand der österreichischen Monarchie bedingen"[211]).

Ganz im Sinne dieses Antrags sprach Beda Weber und wies auf die Stärke der Sympathien hin, die in Österreich für die Dynastie und den Gesamtstaat beständen. Die Studenten von Wien würden keinen Ausschlag geben, „wenn an dem Tage, wo die Zerreißung Österreichs dekretiert wird, ganz Österreich aufsteht". „In einem solchen Kampfe, wo das österreichische Volk zu beweisen hat, daß der Ausspruch des Herrn Waitz: Österreich muß aufhören, weil es nicht mehr bestehen kann, in einem sol-

---

[208]) Deutsche Zeitung, 4. Januar 1849.

[209]) F. X. Deym: a. a. O., S. 7.

[210]) Sommaruga: Österreichs Zukunft und dessen Stellung zu Deutschland, S. 21.

[211]) Sten. Ber. 2775: unterzeichnet: Scheließnigg, Gspan, Herzig, Neumann, Fügerl, Tomaschek, Pretis, Fritsch, Hayden, Lienbacher, Beda Weber, Pieringer, J. v. Kürsinger, Petzer, Deym, Arneth.

chen Kampfe wird das österreichische Volk, die ganze Monarchie mit aller Kraft aufstehen und sich dagegen wehren“ [212]).

Die Unmöglichkeit, durch die Verfassungsparagraphen Österreich zu zertrümmern, stellte Fritsch dem Parlament eindringlich dar. Die deutschen und die nichtdeutschen Provinzen „sind durch ihre Geschichte, durch die Schicksale, die sie miteinander erlebt, durch zahlreiche Kriege, die sie miteinander geführt, durch Handel und Industrie, durch gemeinschaftliche Regierung, welche alle Interessen, Blicke, Fäden in das Zentrum der Monarchie leitet, auf das innigste verbunden. Ihr Zusammenleben ist ein organisches. Tausend Adern greifen von einer Provinz in die andere, von einem Staat in den andern. Wir würden durch einen solchen gewaltsamen Riß ganz Österreich bluten machen aus tausend Wunden, wir würden es nötigen, sich selbst zu zertrümmern, sich selbst zu zerreißen, wir würden der österreichischen Monarchie zur Aufgabe machen, sich selbst zu vernichten“ [213]).

Wie den österreichischen Patrioten zu Mute war, sagte mit unübertrefflicher Deutlichkeit Beidtel: „die Deutsch-Österreicher werden sich mit Deutschland befreunden und gleichen Schritt halten, werden Deutsche sein, so lange Sie ihnen nicht zumuten werden, keine Österreicher weiter zu sein.“ „Ich glaube, Österreich wird aufstehen wie ein Mann, wenn es gelten wird, seine Existenz, seine Einheit und Freiheit zu wahren. Österreich, das Jahrhunderte gedauert, wird nimmermehr dulden, daß es mitten im Frieden zerrissen werde und untergehe“ [214]). Zugeben wollten die Schwarz-Gelben allenfalls, daß das Verhältnis zu den nichtdeutschen Provinzen der Monarchie künftigen Staatsverträgen vorbehalten werde „mit Rücksicht auf die obwaltenden Umstände“ [215]), wie überhaupt aus den Anträgen der Wunsch erkennbar ist, Zeit zu gewinnen, um die Regelung der Schwierigkeiten einem späteren Zeitpunkt zu überlassen, bis der Kaiser-

---

[212]) Beda Weber: Sten. Ber. 2878.

[213]) Fritsch: Sten. Ber. 2772.

[214]) Beidtel: Sten. Ber. 2848 f.

[215]) Antrag Schuler: Sten. Ber. 2775, unterzeichnet: Gspan, Schelleßnigg, Weber, Flir, Petzer, Lienbacher, Pieringer, J. v. Kürsinger, Reisinger und Gangkofner.

staat nach den Stürmen der Revolution wieder seinen alten Platz unter den großen Mächten eingenommen hätte[216]).

Denn diese treuen Österreicher, die zwar im Kampfe für das Verbleiben ihrer Heimat in Deutschland „ein Nationalgut, einen historischen Besitz, einen Zukunftsanker nicht so wohlfeilen Kaufes verlieren"[217]) wollten, suchten um jeden Preis zu verhüten, daß „der österreichische Gesamtstaat, der Name Österreich aus der Geschichte verschwinde", wie es in der gemeinsam unterzeichneten Ansprache von 20 österreichischen Abgeordneten an ihre Wähler hieß, die sie zur Begründung ihrer Abstimmung gegen die §§ 2 und 3 des Verfassungsentwurfs für nötig erachteten[218]). Ferner erklärten sich 34 Abgeordnete feierlich gegen eine Teilung Österreichs, die ein schweres Unrecht an den Grundgesetzen der österreichischen Völker und an ihrem festen Willen zum Zusammenhalten sei[219]). Ja, als nach der Oktroyierung der österreichischen Gesamtstaatsverfassung der Demokrat Eisenstuck in einem Antrag verlangte, diesen Akt für ungültig zu erklären, stimmten 56 Deputierte als überzeugte Österreicher dagegen und verzichteten so darauf, sich auf diese Weise ihr moralisches Anrecht auf weiteres Verbleiben im deutschen Parlament zu retten[220]).

---

[216]) Vgl. Anträge: Sten. Ber. 2770.

[217]) Kuranda in seiner Ostdeutschen Post, 7. März 1849.

[218]) Czörnig, Graf Deym, Edlauer, Egger, Englmayr, Fritsch, Göbel, Herzig, Höchsmann, Kaiser, Maly, v. Mayern, v. Mühlfeld, Neumann, Pretis, Renger, Riegler, Schrott, v. Sommaruga, Tomaschek. Vgl. Helfert, Geschichte Österreichs II, S. 238 und Anm., S. 419.

[219]) Allgemeine Zeitung, 5. November 1848: Benedikt, Fügerl, Gspan, Hayden, Gold, Kagerbauer, Lienbacher, Peter, Pieringer, Pollatzek, Rassl, Reindl, Scheließnigg, Schmidt, Stein, Stülz, Weiß, Wolf, Beda Weber — dazu von den obengenannten: Czörnig, Graf Deym, Egger, Englmayr, Herzig, Höchsmann, v. Mayern, v. Mühlfeld, Neumann, Pretis, Renger, Riegler, Schrott, v. Sommaruga und Göbel. Ähnlich in den Erklärungen zu den § 2 und 3, Sten. Ber. 2923 und 2936 f.

[220]) Sten. Ber. 5936: Achleitner, Aichelburg, Beidtel, Bergmüller, Graf Coronini, Graf Deym, Dinstl, Edlauer, Egger, d'Elvert, Engelmayr, Fritsch, Fügerl, Gspan, Hayden, Herz, Hillebrand, Höchsmann, Huber, Kagerbauer, Kerer, Knarr, Kreuzberg, J. und K. v. Kürsinger, Lausch, Lienbacher, Lindner, Mally, Maly, v. Mühlfeld, Neumann, Neugebauer, v. Neuwall, Pieringer, Pollatzek, Pretis, Quesar, Rapp, Raßl, Reisinger, Reindl, Renger, Riedl, Riegler, Schmerling, Schmidt, Schreiner, Schuler, Stein, Streffleur, Stülz, Weber, Weiß, Wessely.

Wie stark aber das österreichische Staatsbewußtsein selbst bei den Demokraten war, zeigte sich deutlich in den Abstimmungen zu den § 2. Während in der ersten Lesung im Oktober 1848 doch 42 österreichische Abgeordnete für die Auflösung der Monarchie stimmten, gaben bei der zweiten Lesung im März 1849 alle bis auf zwei (Reitter und Makowiczka) ihr Votum dagegen ab. Nichts ist in dieser Hinsicht bezeichnender als die Rede Mareks zur ersten Lesung der Reichsverfassung am 27. Oktober 1848.

Daß Österreich ein Gesamtstaat bleiben könne, verneinte er zwar durchaus, wie alle seine demokratischen Freunde; setzte aber den Fall, daß es doch möglich sei, und kam zu Resultaten, die aus solchem Munde viel merkwürdiger waren, als etwa die Anspielung Deyms auf einen Waffengang um die Herrschaft in Deutschland. „Kann", so sagte Marek, „Österreich mächtig und einig bleiben, dann machen Sie sich keine Illusion von einem Staatenbund oder einem Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich. Wenn der österreichische Adler kräftig genug ist zu fliegen, so werden Sie es nicht dahin bringen können, ihm eine Schnur um die Füße zu binden, um ihn zu richten und zu lenken, wohin Sie wollen; das wäre gegen unser Interesse, ich würde dem nun und nimmermehr meine Zustimmung geben. In dieser Beziehung bin ich durch und durch schwarzgelb. Können wir ein einiges Österreich erhalten, dann sei von einem Anschluß an Deutschland nie und nimmermehr die Rede" [221]).

Angesichts dieser Stimmung ist es verständlich, daß Schuselka vor seinen Wählern so energisch betonte, Österreich müsse als Gesamtstaat erhalten bleiben [222]), und daß Giskra, der noch im Oktober die Pragmatische Sanktion ein wertloses Pergament genannt hatte, im Januar die Lösung aller Schwierigkeiten vom Eintritt Gesamt-Österreichs in den Bund erhoffte. „Tür und Tor weit zu öffnen, daß es hineinkommt in seiner großen Mannigfaltigkeit und Herrlichkeit" [223]).

Wiesner, der sich einen patriotischen Österreicher nannte [224]), wollte durchaus nicht zugeben, daß der Kaiserstaat in Auflösung

---

[221]) Marek: Sten. Ber. 2892.
[222]) Schuselka: Das Revolutionsjahr, S. 179.
[223]) Giskra: Sten. Ber. 4660.
[224]) Wiesner: Sten. Ber. 1485.

begriffen sei. Das könne nur von dem alten Österreich gelten, wo sich die Nationalitäten grollend gegenüberstanden. „Aber aus der Asche dieses Österreichs, das, wie ich hoffe, bald in Trümmern liegen wird, erhebt sich, wie ein Phönix des Volks- und Staatslebens, ein neues, freies und herrliches Österreich. Dieses neue Österreich nun wird Mittel genug finden, um die verschiedenen Völkerschaften, die bis jetzt in Freundschaft miteinander gelebt, die alle Schicksale der Monarchie geteilt, durch Gewährung nationaler Freiheit, durch ein freies redliches Bruderbündnis an sich zu ketten oder sonstwie zu befriedigen." An die schweren Zeiten Ferdinands II. und Maria Theresias erinnerte er dann, wo alle Welt den Zerfall Österreichs vorausgesagt, und wie es sich immer wieder aufgerichtet. „Lesen Sie, wie man in Deutschland Triumphlieder anstimmte, daß Österreich nun in Trümmer gehen müsse, und sehen Sie, mit welcher Kraft und Macht es sich wieder erhob" [225]).

Wenn sich ein solcher österreichischer Patriotismus sogar bei den Demokraten zeigte, so konnten aufmerksame Beobachter „nicht im mindesten mehr zweifeln, daß höchstens einer von hundert Österreichern zuerst deutsch und dann österreichisch sei oder aber der Gesamtmonarchie entsagen möchte, um dafür einem sich streng zusammenfassenden deutschen Bundesstaat anzugehören" [226]). — Das Ziel ihrer Pläne und Gedanken in der Paulskirche kennzeichnete zusammenfassend Rümelin: „Deutschland soll in Österreich nichts zu sagen haben, wohl aber Österreich in Deutschland. Sie wollen eine ganz selbständige europäische Großmacht sein, aber darum den alten Einfluß auf das Reich an Preußen abzutreten, das fällt ihnen nicht ein" [227]).

Mit der Gegnerschaft gegen Preußen, die hier erwähnt wird, ist zugleich einer der zwingenden Gründe zur Erweckung des staatlichen Bewußtseins unter den österreichischen Abgeordneten genannt. Denn, wie wir schon gesehen haben, war, um das Interesse und bald die tiefergehende Teilnahme an den deutschen

---

[225]) Wiesner: Sten. Ber. 2785.

[226]) Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung, 28. Oktober 1848, Beilage.

[227]) Rümelin: Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur, S. 137.

Vorgängen zu entfachen, nicht nur das rein nationale Motiv der slawischen Gefahr notwendig, sondern noch ein zweites, ein staatliches, nämlich das in Österreich als Herausforderung empfundene Vorgehen des preußischen Rivalen auf dem Felde des Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland.

Scharf hat diesen Zusammenhang Berger hervorgehoben, als er erklärte, daß der staatliche österreichische Standpunkt vor allem durch die Hervorkehrung des preußischen bei der erbkaiserlichen Partei herausgefordert werde[228]), und als er für den Fall, daß Kleindeutschland preußisch werde, das Erlöschen der Sympathien für die deutsche Sache in Deutsch-Österreich voraussagte[229]). Denn darüber, daß Österreich die Erhebung Preußens nie gutwillig zulassen könne, waren „die meisten österreichischen Abgeordneten ganz einig“[230]). Wie klar hatte doch Rümelin schon im August gesehen, als er schrieb: „Der Gegensatz zwischen den beiden Konfessionen und Großmächten ist viel stärker und tiefgreifender, als der zwischen Republik und Monarchie. Die größten Schwierigkeiten der deutschen Einheit liegen nur hier“[231]).

Unzweifelhaft aber empfanden die Österreicher, daß in diesem österreichischen Patriotismus ein Element lag, das sie in gewissem Sinne von den übrigen Deutschen schied und dem eigentlichen deutsch-nationalen Gedanken widerstrebte[232]).

Und so ist es, als hätten manche tieferblickende Geister das Gefühl, sie müßten sich gleichsam vor der Nationalversammlung wegen ihres österreichischen Standpunktes entschuldigen, und als bemühten sie sich darum, für den österreichischen Gesamtstaat

---

[228]) Berger: Sten. Ber. 5887.

[229]) Sten. Ber. 5890.

[230]) Deutsche Reform, 8. Dezember 1848, Abendausgabe; Frankfurt, 7. Dezember, Briefliche Mitteilungen aus bester Quelle.

[231]) Rümelin: a. a. O., S. 74f.

[232]) Vgl. Deutsche Zeitung, 28. Dezember 1848, Extrabeilage, Frankfurt, 24. Dezember. Der Korrespondent spricht davon, daß auf Seiten der Österreicher nicht durchaus böser Wille im Spiel sei und sagt dann: „Wir können uns recht wohl denken, daß es auch dem ehrlichsten Österreicher schwer hält, zwischen dem, was er für das Dasein und die Macht seines Vaterlandes als notwendig erkennt, und seinen Sympathien für eine engere Verbindung mit Deutschland die rechte Ausgleichung der Abgrenzung zu finden.“

eine tiefere Berechtigung nachzuweisen, eine beherrschende Idee, eine besondere Mission.

Wenn bei den erregten Diskussionen in den Parteiklubs über die §§ 2 und 3 der Oberst v. Mayern auf die geographische Notwendigkeit hinwies, die Österreich verhindert, auseinanderzufallen, so berührte er damit einen von den vielen Gründen, „daß aus so vielen Niederlagen und Kämpfen dieser wunderbare Staat sich immer von neuem aufgerichtet hat“ [233]). „Das politische und materielle Interesse haben“, sagte Graf Deym, „Österreich zu einem kompakten Ganzen vereinigt; diese sind doch mächtiger gewesen als die nationalen Sympathien, nach denen moderne Weltverbesserer die Staaten zusammenfügen wollen“ [234]). Und wenn alle Versuche, die innige Verbindung zwischen den österreichischen Provinzen zu zerstören, scheitern mußten, so beweist dies, wie Würth meinte, daß Österreich nicht das Werk des Augenblickes, sondern vieler Jahrhunderte ist, dessen Dasein im eigensten Interesse der Völker selbst liegen muß [235]). Denn neben der gewaltigen Verzweigung geistiger und materieller Interessen haben die Völker das Gefühl, daß man sich gegenseitig braucht [236]), gewiß, vereinzelt dem unfreundlichen Nachbar auf dieser oder jener Seite in die Hände zu fallen [237]).

Denn drohend erschien in jenen Zeiten der russische Koloß, und die eigentliche Mission Österreichs in unseren Tagen sahen viele darin, gegen diese Gefahr eine unübersteigliche Mauer zu bilden [238]), im Interesse der Zivilisation Europas [239]). Nur als Gesamtstaat kann, meinte Fritsch, Österreich seine deutsch-nationale Aufgabe erfüllen, dem deutschen Volke den von allen erstrebten Weg nach den Donaumündungen offen zu halten und als eigens von der Vorsehung geschaffenes Werkzeug Deutschlands Auf-

---

[233]) v. Mayern bei Wichmann: S. 268.

[234]) Graf Deym: Drei Denkschriften, S. 12.

[235]) Würth: Sten. Ber. 2790.

[236]) Tebeldi: Die Auflösung der staatlichen Einheit der österreichischer Monarchie durch die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., S. 4.

[237]) Groß: Sten. Ber. 2894.

[238]) Würth: Sten. Ber. 4611.

[239]) Möring: Sibyllinische Bücher aus Österreich I, S. 10.
Schuselka: Österreich über alles, wenn es nur will, S. 17.

gabe ausführen, der Träger und Vermittler der Kultur, der Wissenschaft und der Freiheit nach dem Orient zu sein[240]). Nur das ganze ungeteilte Österreich wird nach Arneths Überzeugung imstande sein, eine halbe Million Streiter für die deutsche Sache ins Feld zu stellen, und nur durch das eng verbundene Ungarn kann die Verbindung mit den sehnsuchtsvoll nach Frankfurt blickenden Siebenbürger Sachsen erhalten werden[241]).

Am tiefsten aber blickte auch hierin Mühlfeld. Als er die Aufgabe Neu-Österreichs darin sah, seinen gleichberechtigten Völkern Freiheit zu bringen ohne Herrschaft, wies er nicht nur seinem Staate die künftige Bahn im Innern, sondern, indem er im Sinne seines Antrages vom engeren und weiteren Bunde so scharf wie möglich die Ideen gegenüberstellte, auf denen der neue deutsche Staat und die neuerstandene habsburgische Monarchie beruhen, gab er zugleich auch dem Großösterreich, das sich einem Großdeutschland niemals unterwerfen konnte[242]), die tiefste Rechtfertigung: auf der einen Seite der reine, unverfälschte deutschnationale Gedanke mit Ausschließung alles Fremden, auf der anderen der der nationalen Parität[243]), deren Staatsrecht Österreich unter unsäglichen Mühen und endlosen Kämpfen gestaltet.

So erscheinen Mühlfeld und seine großösterreichischen Genossen als die wahren Propheten der politischen Entwicklung Deutschlands und Österreichs, wenn ihnen auch die nächsten Jahrzehnte Unrecht zu geben schienen. Denn für die deutsche Politik des Kaiserstaats war bis zum Jahre 1866 nicht ihr Programm maßgebend, sondern das großdeutsche Schmerlings und seiner Helfer, die nicht gewillt waren, freiwillig der Jahrhunderte alten Stellung Österreichs in Deutschland zu entsagen.

Ungerecht wäre es, ihnen daraus einen Vorwurf machen zu wollen; so und nicht anders verstanden sie ihr deutsches und österreichisches Interesse. Daß ihre Politik verfehlt war, bewies erst der Zusammenbruch bei Königgrätz, durch den selbst jene weitere Vereinigung zwischen den Deutsch-Österreichern und den übrigen Stämmen vernichtet wurde, „die man sogar 1815 an

---

[240]) Fritsch: Sten. Ber. 2773f.
[241]) Arneth: Sten. Ber. 2780.
[242]) Friedjung: a. a. O., I, S. 193
[243]) Mühlfeld: Sten. Ber. 2856f.

die Stelle des alten Reichsverbandes setzen zu müssen geglaubt hatte“ [244]). Damit wurde auch der inneren Politik eine ganz neue Wendung gegeben. Zwar beruhte die Neukonstituierung der Monarchie, der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867, auf dem Gedanken, das Reich unter die Deutschen und Magyaren als die zwei Herrenvölker zu teilen. Aber mit der Abkehr Österreichs von Deutschland und seiner bewußten Hinwendung zum Orient entfiel für die österreichische Regierung die äußere Notwendigkeit, die Deutschen in ihrer privilegierten Stellung zu schützen.

So erfüllte sich an den Deutsch-Österreichern das Schicksal, das die deutschnationalen Österreicher im Frankfurter Parlament vorausgesehen hatten. Losgelöst vom Mutterland, auf die Hälfte des von ihnen gegründeten Reiches beschränkt, wurden sie, in den alten Provinzen von den erstarkenden Slawen, die in den Deutschen zugleich die Reichsgestaltung von 1867 bekämpften, bedroht und zum Teil überwältigt, durch die Not der Zeit langsam zur Revision ihres nationalen Programmes gezwungen.

Während sie gehofft hatten, durch besondere Anerkennung der alten Kronländer, der „historisch-politischen Individualitäten“, in denen sie das nationale Übergewicht hatten, sich an der Herrschaft erhalten und die Feinde niederzwingen zu können, wurde im Drange der Gefahr der Ruf nach nationaler Autonomie, im Sinne der personalen Auffassung, allmählich immer lauter vernehmbar. Jetzt forderten die Deutschen in Böhmen nationale Trennung als einziges Mittel, um sich vor slawischer Überflutung zu retten, wo ihre Väter von Deutschland die gänzliche Vernichtung der tschechischen Bewegung verlangt hatten. Jetzt wurde es offenbar, daß an die Stelle des alten Österreich, in dem sie 1848 mit Deutschlands Hilfe ihre ewige Herrschaft zu begründen hofften, ein Staat getreten war, worin acht gleichberechtigte Nationen um Macht und Geltung rangen.

Daß die Deutschen in dieser ganz einzigartigen Lage, da sie von den nationalen Hoffnungen des Revolutionsjahres nicht eine verwirklicht sahen, in ihrer Mehrzahl nicht an der Heimat verzweifelten, verdanken sie jener Tatsache, daß neben ihrem deut-

---

[244]) Zwiedineck: II, S. 483.

schen Gefühl ihre österreichische Vaterlandsliebe allezeit lebendig blieb. Ihr ganzes inneres Problem bestand darin, auf diesem Boden an die Gedanken jener Männer von Kremsier und Frankfurt anzuknüpfen, die, in ihrem Glauben an Groß-Österreich unerschüttert, die Bahn zu einem Neubau des Staates wiesen.

Nur wenn die Deutschen Freiheit bringen ohne Herrschaft, wie Mühlfeld es wollte, werden sie im Wettbewerb der österreichischen Völker die ihnen gebührende Stelle einnehmen, die dem nationalen Bedrücker versagt bleibt. Nur wenn sie Groß-Österreich und seine Idee im Herzen tragen, wie Andrian, Egger, Mühlfeld und Deym im ersten deutschen Parlament, werden sie erfolgreich wirken können für ihren Stamm und damit für die Interessen ihres gesamten Volkes, das sich noch niemals so bewußt wie in unseren Tagen, trotz der trennenden politischen Grenzen, als die einige unteilbare Kulturnation gefühlt hat.

Literatur.

Über Nation usw.:

Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat.
Kirchhoff: Nation und Nationalität.
Neumann: Volk und Nation.
Sieger: Nation und Nationalität. Österreichische Rundschau, Bd. I.
Rud. Springer: Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat.

Verhandlungen:

Stenographische Berichte (cit. Sten. Ber.) über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. Herausgegeben von Franz Wigard. 9 Bde.
Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung. Herausgegeben von J. G. Droysen.

Flugschriften u. a.:

(Siehe Wentzcke: Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—1851).
(Möring): Sibyllinische Bücher aus Österreich, Bd. I, 1848. Hamburg, Hoffmann & Comp.
Cameo: (Möring) Österreichs Lage und sein Weltberuf. 24. März 1848.
Cameo: Unsere Gegenwart. 26. März 1848.
Cameo: Der rechte Augenblick. 28. März 1848.
Möring: Offener Brief an das Wiener Ministerium. 28. September 1848.
Möring: Entweder — oder! 20. Dezember 1848.
Fr. Graf Deym: Drei Denkschriften. Karlsbad 1848.
J. Beidtel: Die politischen Zustände der österreichischen Staaten nach dem Zustande vom 16. April 1848.
A. Tebeldi (Beidtel): Die Auflösung der staatlichen Einheit der österreichischen Monarchie durch die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.
A. Tebeldi: Die Slawen im Kaisertum Österreich.

Egger: Deutschlands Wiedergeburt vom österreichischen Standpunkt. April 1848.
Unterrichter: Ein paar Worte über die österreichische Frage. 19. Dezember 1848.
F. Schuselka: Österreich über alles, wenn es nur will!
Czörnig: Zur Orientierung in der österreichischen Frage. 18. Oktober 1848.
Perthaler: Das Erbkaisertum Kleindeutschland. 31. März 1849.
Aphorismen über die deutsch-österreichische Frage.
Andrian v. Werburg: Österreich und dessen Zukunft. 1843.
F. v. Sommaruga: Österreichs Zukunft und dessen Stellung zu Deutschland. November 1848.

Zeitschriften und Zeitungen:

Die Grenzboten.
Historisch-politische Blätter.
Allgemeine Zeitung (Augsburg).
Deutsche Zeitung.
Ober-Postamtszeitung.
Die deutsche Reform.
Flugblätter aus der deutschen Nationalversammlung.
Ostdeutsche Post.

Memoiren, Briefe, Biographien:

Neben den Werken von Jürgens, Laube, Rümelin, Haym, Biedermann, Wichmann:
R. v. Mohl: Lebenserinnerungen.
G. Beseler: Erlebtes und Erstrebtes.
A. Duckwitz: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben. 1841—1866.
Arneth: Aus meinem Leben.
A. Springer: Aus meinem Leben.
Schorn: Lebenserinnerungen.
Kudlich: Rückblicke und Erinnerungen.
Streiter: Studien eines Tirolers.
Beda Weber: Charakterbilder.
Schuselka: Das Revolutionsjahr.
Briefwechsel zwischen Stüve und Detmold (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens. Bd. XIII).
F. v. Raumer: Briefe aus Frankfurt und Paris.
Parlamentsalbum: Eintragungen der Abgeordneten.
Wurzbach: Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich.
Allgemeine Deutsche Biographie.
Arneth: Ritter Anton v. Schmerling.
Lemmermayer: Aus Schmerlings Leben. Deutsche Revue XXII, 3.

Wackernell: Beda Weber und die tirolische Literatur (Quellen und Forschungen zur Geschichte, Literatur und Sprache Österreichs, Bd. IX).
F. X. Deym: Friedrich Graf Deym und die österreichische Frage in der Paulskirche.
Krones: Moritz v. Kaiserfeld.
O. Wittner: Moritz Hartmanns Leben und Werke. Bd. I.
A. Springer: Leben Dahlmanns. Bd. II.
Schlosser: Politisches von Anastasius Grün. Deutsche Revue XXII, 1.
Wentzcke: Zur Geschichte Heinrichs von Gagern: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung.

Darstellungen:

C. F. Wurm: Die Diplomatie, das Parlament und der deutsche Bundesstaat.
M. Duncker: Zur Geschichte der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt.
Helfert: Geschichte Österreichs.
Helfert: Geschichte der österreichischen Revolution.
A Springer: Geschichte Österreichs.
Friedjung: Geschichte Österreichs 1848—1860.
Krones: Geschichte Österreichs. Bd. 4, 5.
Hartig: Die Genesis der Revolution in Österreich.
Schnabel: Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848.
Valentin: Die Stadt Frankfurt und die Revolution 1848.

Lebenslauf.

Ich bin geboren zu Bremen am 12. Juli 1888 als Sohn des Arztes Dr. med. Heinrich Schüßler und seiner Gemahlin Adelgunde, geb. Delius. Ich bin evangelischer Konfession und besuchte das Alte Gymnasium meiner Vaterstadt mit einjähriger Unterbrechung vom Oktober 1897 bis zum Frühjahr 1908. Dann studierte ich an den Universitäten Freiburg und Heidelberg Geschichte und Staatswissenschaften und nahm teil an den Vorlesungen und Übungen der Herren v. Below, Cohn, Finke, Gmelin, Hampe, Jellinek, Liefmann, Meinecke, Michael, Oncken, Rickert, Rich. Schmidt, v. Schulze-Gaevernitz, Vigener, v. Waldberg, Woerner, Wolf. Ihnen allen verdanke ich viel Anregung und Förderung.